



14

SCHLAGLICHTER
DER WIRTSCHAFTSPOLITIK
DEZEMBER 2021
MONATSBERICHT

22
WANDEL UND
FORTSCHRITT
DER JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT

28
TRANSFORMATION
GESTALTEN
SACHVERSTÄNDIGENRAT
LEGT NEUES JAHRES-
GUTACHTEN VOR

IM FOKUS

INNOVATIONSTREIBER INDUSTRIAL CLOUD

WIE DAS IPCEI INDUSTRIAL CLOUD DIE DIGITALE SOUVERÄNITÄT
UND WETTBEWERBSFÄHIGKEIT EUROPAS STÄRKT



EDITORIAL



**„DEUTSCHLAND IST WIEDER AUF
WACHSTUMSKURS. EINE NEUE REGIERUNG MUSS
BELASTUNGEN WEITER REDUZIEREN UND
INNOVATIONEN VORANTREIBEN, DAMIT DAS
WACHSTUMSTEMPO IN 2022 ANZIEHEN KANN.“**

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER,**

Die 19. Legislaturperiode war geprägt von großen Herausforderungen. Die Corona-Pandemie gehört dabei zweifellos zu den größten Bewährungsproben der letzten Jahrzehnte. Als Bundeswirtschaftsminister habe ich alles darangesetzt, die Härten der Pandemie abzufedern und die Substanz unserer Volkswirtschaft zu erhalten. Die Bundesregierung hat in kürzester Zeit das umfangreichste Rettungspaket der deutschen Geschichte auf die Beine gestellt und damit Millionen Arbeitsplätze gesichert; die befürchtete Insolvenzelle blieb aus. Trotz globaler Lieferengpässe befindet sich die deutsche Wirtschaft wieder auf einem soliden Wachstumspfad. Darauf können wir stolz sein!

Ebenso haben wir entscheidende Weichen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaft gestellt. Dabei gilt: Wirtschaft und Klimaschutz sind keine Gegensätze. Wir haben den Kohleausstieg auf den Weg gebracht und geben zugleich den vom Strukturwandel betroffenen Regionen und Menschen neue Zukunftsperspektiven. Wir haben Verfahren vereinfacht, um den Ausbau von Stromnetzen und erneuerbaren Energien schneller voranzubringen. Und mit der CO₂-Bepreisung im Bereich Wärme und Verkehr schaffen wir marktwirtschaftliche Anreize für Innovationen und Sektorkopplung.

Mit der Mittelstandsstrategie haben wir diejenigen wieder in den Fokus gerückt, die mit ihrem Fleiß und ihren Ideen das Fundament unserer Volkswirtschaft bilden. Wir müssen erst erarbeiten, was später verteilt werden kann. Daher müssen wir bürokratische und steuerliche Belastungen weiter reduzieren und die Unternehmen bei Fachkräftemangel und Digitalisierung unterstützen.

Nicht zuletzt habe ich mit meiner Industriestrategie eine aktivierende Industriepolitik angestoßen, die umfassende private Investitionen auslösen kann. Wie können wir es schaffen, den Industriestandort Deutschland und Europa im Wettbewerb mit China und den USA zukunftsfähig aufzustellen? Als Antwort stellen wir in dieser Ausgabe der Schlaglichter mit dem IPCEI Industrial Cloud ein europäisches Gemeinschaftsprojekt als Beispiel aktivierender Industriepolitik vor.

Klimawandel, Digitalisierung, Demografie: Deutschland steht inmitten eines umfassenden Wandels. Meinem Nachfolger oder meiner Nachfolgerin wünsche ich die Kraft und das Geschick, die anstehenden Aufgaben entschlossen anzugehen und den Wirtschaftsstandort Deutschland in eine prosperierende Zukunft zu führen.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine anregende Lektüre.



PETER ALTMAIER
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

W

WIRTSCHAFTSPOLITIK 12—35

EDITORIAL 02

**KONJUNKTUR-
SCHLAGLICHT** 06

**CORONA-
SCHLAGLICHT** 08

WÖRTLICHE REDE 10
Minister Altmaier
zum Strukturwandel in
den Kohleregionen

3 FRAGEN AN 19
Ernst Stöckl-Pukall, Leiter
des Referates „Digitalisie-
rung, Industrie 4.0“



AUF EINEN BLICK 20
Seitenstarke
Empfehlungen des SVR

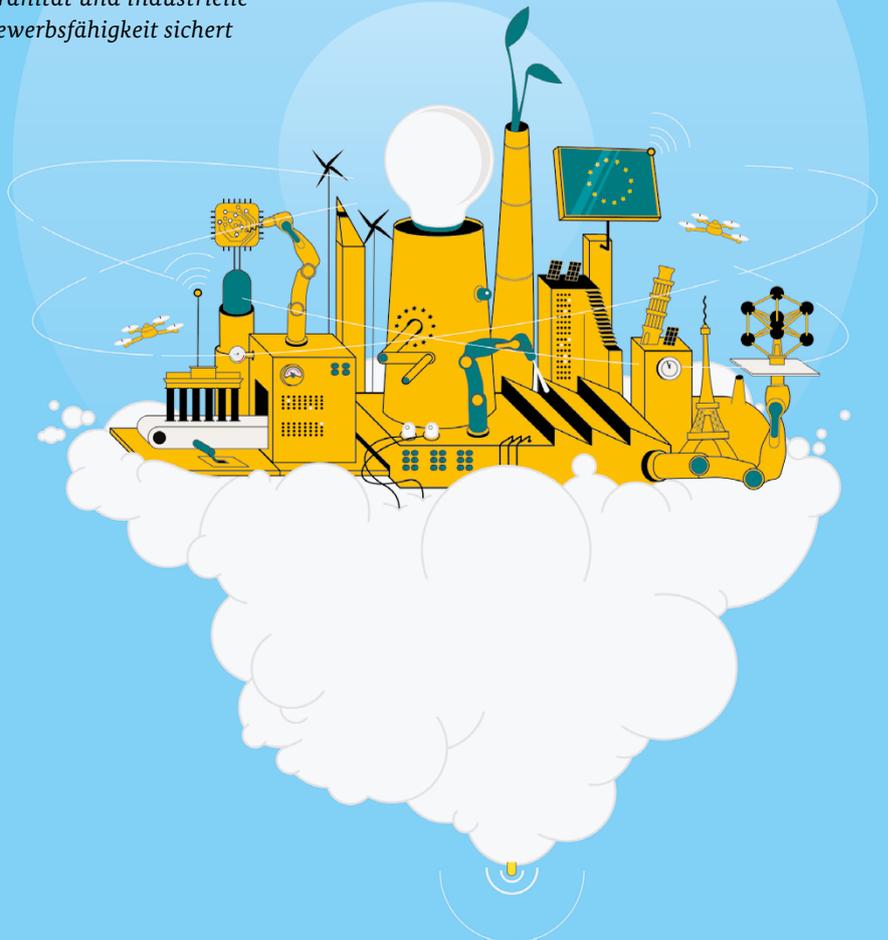


TELEGRAMM 21

14 IM FOKUS

EINE CLOUD FÜR EUROPA

Wie Europa sich digitale
Souveränität und industrielle
Wettbewerbsfähigkeit sichert



22



ABBILD DES WANDELS

Seit 1968 bildet der Jahreswirtschaftsbericht den ökonomischen Wandel ab

KURZ & KNAPP

26

- Moderne Wirtschaftsstatistik
- Zukunft erproben

28



WIE GELINGT DIE TRANSFORMATION?

So beurteilt der Sachverständigenrat die gesamtwirtschaftliche Entwicklung

WORTMELDUNG

Prof. Dr. Monika Schnitzer, Mitglied des Sachverständigenrates und Professorin für Volkswirtschaftslehre

31

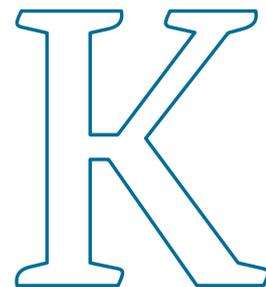


BEST OF SOCIAL MEDIA

33

TERMINE

35



KONJUNKTUR

36—52

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IM NOVEMBER 2021

38

BIP-NOWCAST FÜR DAS 4. QUARTAL 2021 UND DAS 1. QUARTAL 2022

46

DIE LAGE DER WELTWIRTSCHAFT IM NOVEMBER 2021

48

GRAFIKEN & TABELLEN

Den Zahlenteil mit Übersichten und Grafiken finden Sie in der Beilage

#KONJUNKTURSCHLAGLICHT

ENGPÄSSE BELASTEN DIE INDUSTRIEKONJUNKTUR. DIE WIRTSCHAFTSLEISTUNG DÜRFTE IM VIERTEN QUARTAL KAUM ZULEGEN.



GESAMTWIRTSCHAFT

ifo KONJUNKTURTEST INSGESAMT

Salden, saisonbereinigt



Quelle: ifo Institut

DAS SCHLUSSQUARTAL IST DURCH DIE KONJUNKTURINDIKATOREN VON AUGUST UND SEPTEMBER VORBELASTET. Bei den Dienstleistungen erweist sich die Konjunktur als robust. Hier bewerteten die Unternehmen ihre Geschäftslage zuletzt noch einmal etwas besser.



WELTWIRTSCHAFT

WELTINDUSTRIEPRODUKTION (CPB)

Monate, Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB), Macrobond

DIE WELTKONJUNKTUR VERLÄUFT WEITERHIN GEDÄMPFT.

Die globale Industrieproduktion verringerte sich zuletzt etwas, während der Welthandel leicht zulegte. Die Unternehmen blicken nach wie vor zuversichtlich in die nähere Zukunft.

LEGENDE

- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020

➡ — **AUSSENWIRTSCHAFT**

AUFTRAGSEINGÄNGE AUS DEM AUSLAND UND ifo EXPORTERWARTUNGEN

Auftragseingang Ausland, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt
ifo Exporterwartungen, 3 Monate, Salden, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk), ifo Institut

DER DEUTSCHE AUSSENHANDEL LEGTE ZU.

Der Wert der Exporte erhöhte sich im September wieder. Angesichts stärker steigender Ausfuhrpreise könnten sich die Exporte in realer Rechnung jedoch verringert haben. Der Ausblick bleibt angesichts einer weltweit hohen Nachfrage grundsätzlich positiv.

➡ — **PRIVATER KONSUM**

EINZELHANDEL OHNE KFZ

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

IM EINZELHANDEL FLAUTE DAS GESCHÄFT IM SEPTEMBER WIEDER AB. Steigende Preise, Lieferengpässe und Unsicherheit über das weitere Infektionsgeschehen dürften Konsumenten und Händler wieder etwas verunsichert haben. Erstmals seit fünf Monaten wurden weniger neue Pkw zugelassen.

↳ — **PRODUKTION**

HEMMEDE KRÄFTE ÜBERWIEGEN WEITER.

Die Industrieproduktion ist im September erneut gesunken. Trotz großer Nachfrage bleibt der Ausblick für die Industriekonjunktur bis zur Auflösung der Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten eingetrübt.

INDUSTRIEPRODUKTION

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

↳ — **ARBEITSMARKT**

DIE ERHOLUNG AUF DEM ARBEITSMARKT VERLIERT ETWAS AN SCHWUNG. Die Erwerbstätigkeit ist im September gestiegen und die Arbeitslosigkeit ging im Oktober zurück. Die Kurzarbeit verringerte sich weiter. In den kommenden Monaten dürfte sich der Aufschwung mit verminderter Dynamik fortsetzen.

ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1000), Veränderung zum Vormonat

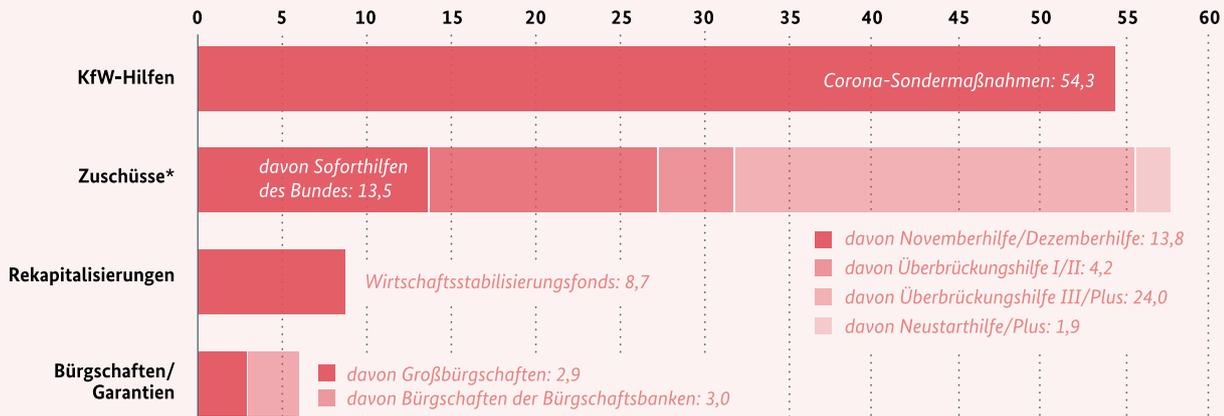


Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

#CORONASCHLAGLICHT

CORONA-HILFEN FÜR UNTERNEHMEN

Bewilligungen bzw. *Auszahlungen in Mrd. Euro, Stand: 16.11.2021



Quellen: BMWi, KfW, Verband Deutscher Bürgschaftsbanken

KFW-SONDERMASSNAHMEN Start: März 2020. Bisher rund 153.400 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 69,3 Mrd. Euro; davon 146.600 Anträge in Höhe von insgesamt 54,3 Mrd. Euro bewilligt.

SOFORTHILFEN DES BUNDES Antragsstellung bis 31.05.20. Etwa 2,2 Mio. Anträge; Gesamtvolumen der Auszahlungen rund 13,6 Mrd. Euro.

ÜBERBRÜCKUNGSHILFE I Fördermonate: Juni bis August 2020; Antragsstellung bis 09.10.20. Etwa 137.200 Erstanträge, Gesamtvolumen: 1,7 Mrd. Euro; Auszahlungen insgesamt 1,4 Mrd. Euro.

ÜBERBRÜCKUNGSHILFE II Fördermonate: September bis Dezember 2020; Antragstellung bis 31.03.21. Etwa 215.300 Anträge mit Fördervolumen von 3,0 Mrd. Euro; Auszahlungen: 2,7 Mrd. Euro.

ÜBERBRÜCKUNGSHILFE III Fördermonate: November 2020 bis Juni 2021; Start: 10.02.21. Bisher 534.600 Anträge mit Fördervolumen von 33,7 Mrd. Euro; bisherige Auszahlungen: 23,3 Mrd. Euro.

ÜBERBRÜCKUNGSHILFE III PLUS Fördermonate: Juli bis Dezember 2021; Start: 23.07.21. Bisher 28.600 Anträge im Gesamtvolumen von 1,4 Mrd. Euro; Auszahlungen: 0,7 Mrd. Euro.

NEUSTARTHILFE Fördermonate: Januar bis Juni 2021; Start: 16.02.21. Bisher 264.200 Anträge, Gesamtvolumen: 1,6 Mrd. Euro; Auszahlungen: 1,6 Mrd. Euro.

NEUSTARTHILFE PLUS Fördermonate: Juli bis September 2021, Start: 16.07.21. Bisher 71.200 Anträge mit Fördervolumen von knapp 0,3 Mrd. Euro; Auszahlungen: 0,2 Mrd. Euro. Fördermonate: Oktober bis Dezember 2021, Start: 14.10.21. Bisher 27.400 Anträge mit Fördervolumen von 0,1 Mrd. Euro; Auszahlungen: 0,1 Mrd. Euro.

NOVEMBERHILFE Antragsfrist bis 30.04.21. Etwa 383.500 Anträge, Fördervolumen: 7,1 Mrd. Euro; Auszahlungen 6,7 Mrd. Euro.

DEZEMBERHILFE Antragsfrist bis 30.04.21. Etwa 376.900 Anträge, Fördervolumen: 7,7 Mrd. Euro; Auszahlungen: 7,1 Mrd. Euro.

WIRTSCHAFTSSTABILISIERUNGSFONDS Start: März 2020. Bisher in 21 Fällen Rekapitalisierungsmaßnahmen vereinbart, Gesamtvolumen: 8,69 Mrd. Euro.

BÜRGSCHAFTEN Erweiterte Fördermöglichkeiten seit März 2020. Zehn Großbürgschaftszusagen im Gesamtvolumen von 2,9 Mrd. Euro; 11.600 Anträge bei den Bürgschaftsbanken; 9.100 Bürgschaftszusagen, unterstütztes Kreditvolumen: 3,0 Mrd. Euro.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Dashboard
deutschland

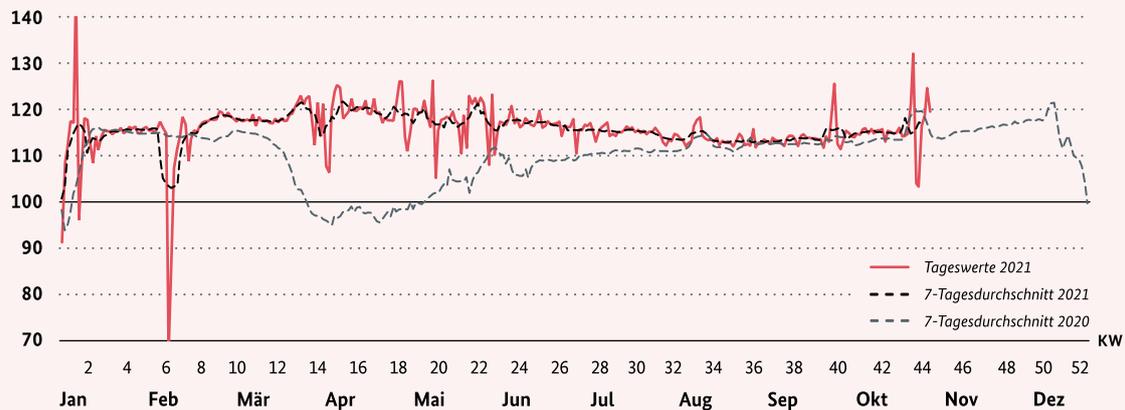
Das „Dashboard Deutschland“ des statistischen Bundesamtes stellt über 100 Indikatoren auf einem interaktiven Daten-Portal bereit. Es ist kostenfrei und ohne Registrierung nutzbar unter: www.dashboard-deutschland.de



EXPERIMENTELLE INDIKATOREN

TÄGLICHER LKW-MAUT-FAHRLEISTUNGSINDEX

2015=100



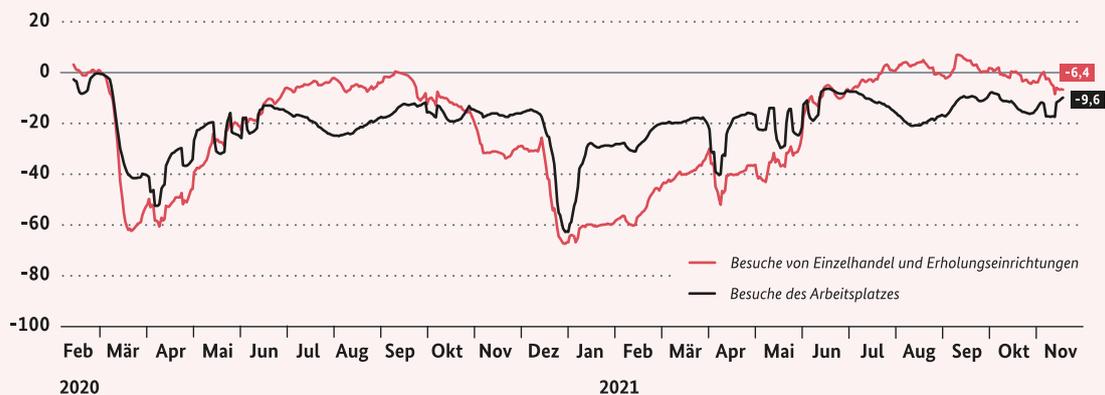
Quellen: Bundesamt für Güterverkehr, Destatis, Deutsche Bundesbank (BBK); eigene Darstellung

DER TÄGLICHE LKW-MAUT-FAHRLEISTUNGSINDEX KANN, MIT NUR WENIGEN TAGEN ABSTAND, AUF SCHLUSS ÜBER DIE AKTUELLEN PRODUKTIONS- UND HANDELSAKTIVITÄTEN GEBEN.

So spiegeln sich die wirtschaftlichen Einschränkungen ab Mitte März 2020 in den stark sinkenden Fahrleistungen wider. Mit den Lockerungen ab Mitte April 2020 setzte eine Erholung ein. Am Jahresende sind die Werte wegen der hohen Volatilität nur bedingt aussagekräftig. Bis Ende des Sommers 2021 war die Entwicklung tendenziell rückläufig, ist zuletzt jedoch wieder leicht ansteigend. Am aktuellen Rand in KW 44 sind die Fahrleistungen im Mittel um 1,1 % gegenüber der Vorwoche gestiegen.

MOBILITÄTSTRENDS

Prozentuale Abweichung ggü. Referenzzeitraum



Hinweis: Einfacher gleitender 7-Tage-Durchschnitt; Referenzzeitraum: 03.01.-06.02.2020
Quellen: Destatis, Google LLC; eigene Darstellung

ANHAND AGGREGIERTER, ANONYMISierter MOBILITÄTSDATEN ZEIGT SICH EIN STARKER RÜCKGANG DER BESUCHE VON EINZELHANDELS- UND FREIZEITSTÄTTEN (z. B. Museen, Kinos) sowie des Arbeitsplatzes während des ersten Lockdowns ab Mitte März sowie des zweiten Lockdowns ab November 2020, verglichen zum Referenzzeitraum Anfang des Jahres 2020. Im Zuge der schrittweisen Lockerungen der Corona-Regeln ist die Mobilität bis Mitte 2021 angestiegen, nimmt seit Herbst aber wieder tendenziell leicht ab. In KW 45 liegen die Besuche von Einzelhandels- und Freizeitstätten etwa 6 % unter dem Niveau des Referenzzeitraums.

WÖRTLICHE REDE





„WIR LÖSEN ALS BUNDESREGIERUNG
UNSER VERSPRECHEN EIN, DIE VOM
STRUKTURWANDEL BETROFFENEN
KOHLEREGIONEN AKTIV ZU UNTER-
STÜTZEN. UND WIR GEBEN DAMIT
ZUGLEICH IMPULSE FÜR DIE ANSIED-
LUNG WEITERER UNTERNEHMEN
UND DEN START WEITERER PROJEKTE
IN DER REGION.“

**BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTER
PETER ALTMAIER**

*zur Einrichtung neuer Standorte des Bundesamtes
für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Borna
(Sachsen) und Merseburg (Sachsen-Anhalt)*

14

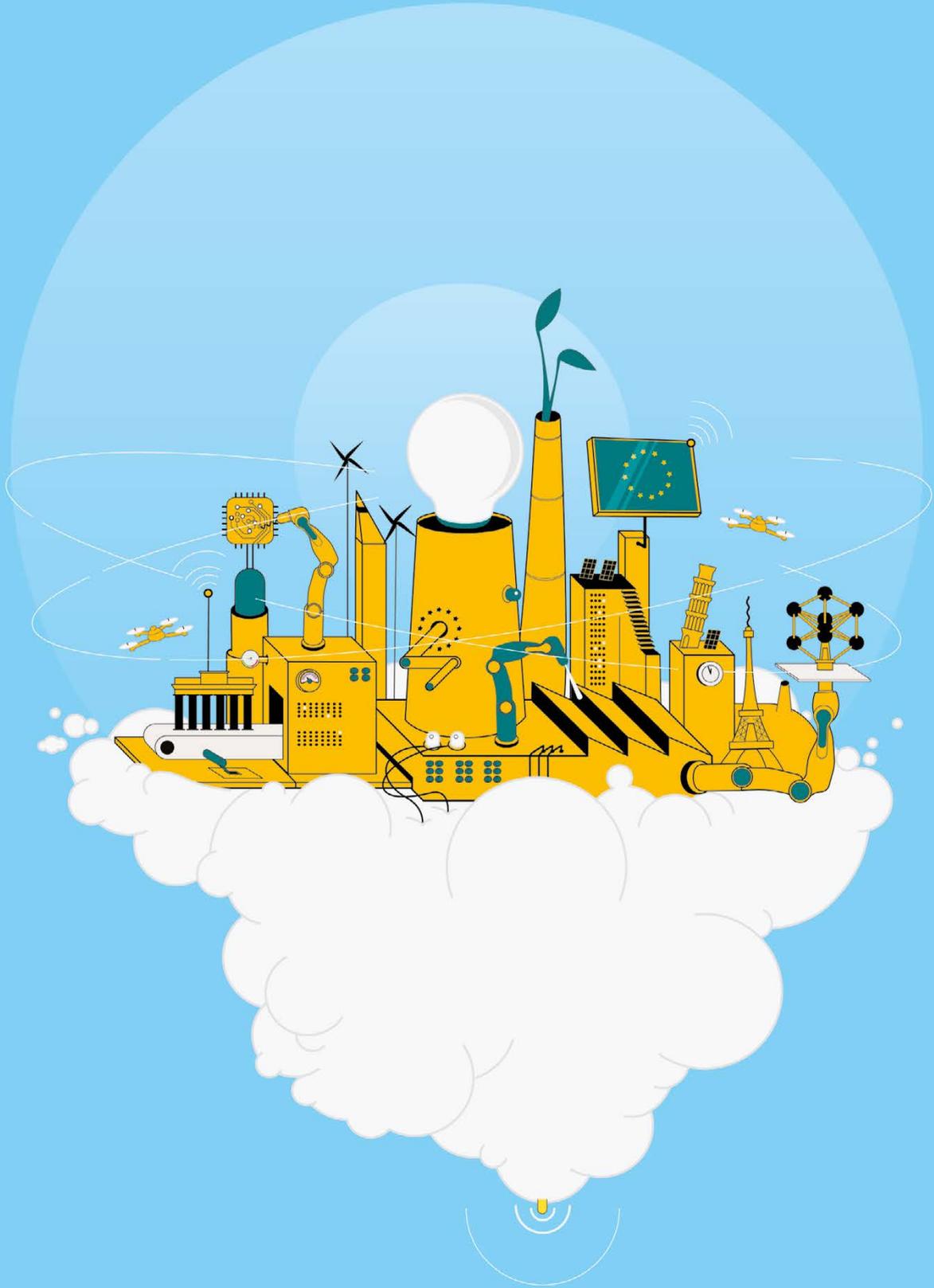
INNOVATIONSTREIBER
INDUSTRIAL CLOUD





WIRTSCHAFTSPOLITIK

IM FOKUS: INNOVATIONSTREIBER INDUSTRIAL CLOUD	14
3 FRAGEN AN ...	19
AUF EINEN BLICK: SEITENSTARKE EMPFEHLUNGEN	20
TELEGRAMM	21
ABBILD DES WANDELS: DER JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT	22
KURZ & KNAPP	26
TRANSFORMATION GESTALTEN:	
SVR LEGT JAHRESGUTACHTEN 2021 / 22 VOR	28
WORTMELDUNG	31
BEST OF SOCIAL MEDIA	33
TERMINE	35



INNOVATIONS- TREIBER INDUSTRIAL CLOUD

WIE DAS GEMEINSAME PROJEKT INDUSTRIAL CLOUD
DIGITALE INNOVATIONEN IN EUROPA VORANTREIBEN KANN

Europas Industrie entwickelt gemeinsame Lösungen: Eine völlig neuartige Cloud-Infrastruktur für Europa, die im industriellen Maßstab genutzt werden kann, ist das Ziel des IPCEI („Important Project of Common European Interest“) Industrial Cloud. Dabei geht es um ein digital- und industriepolitisches Schlüsselprojekt für Europa, das der Industrie bislang unbekanntere Möglichkeiten eröffnen kann.

DIE INDUSTRIE BRAUCHT KOMPLEXE DATENNETZWERKE

Die Industrie wird zunehmend digitaler. Schon lange geht es nicht mehr nur darum, die Produktion durch mehr Automatisierung effizienter zu machen. Stattdessen rücken datenbasierte Geschäftsmodelle in den Fokus, die neue Verfahren möglich machen: etwa die Rückverfolgung von Lieferketten, Echtzeit-Assistenzsysteme zur Wartung von Maschinen oder autonome Mobilität. Um die hierfür notwendigen

Datennetze bereitzustellen, braucht es innovative Technologien mit enormer Leistungsfähigkeit. Diese hochkomplexen Netzwerke werden die industrielle Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten grundlegend verändern.

Für die europäische Industrie stellt sich dabei die Frage, ob es gelingt, die Wertschöpfung in diesen digitalen Netzwerken eigenständig zu realisieren – oder ob vor allem große Digitalkonzerne profitieren, industrielles Know-how abschöpfen und industrielle Prozesse letztlich steuern. In den neuen Marktstrukturen ist zunächst nicht entscheidend, wer das fertige Endprodukt auf den Markt bringt, sondern wer die entscheidenden Soft- und Hardware-Komponenten bestimmt.

Bislang läuft die europäische Industrie einem Rückstand hinterher. Bei den Cloud-Diensten sind außereuropäische Digitalkonzerne mit großem Abstand führend. Wer sich heute für ein solches Angebot entscheidet, bindet sich meist langfristig. Ein Wechsel des Anbieters ist zwar grundsätzlich möglich, aber mit enormem Aufwand und hohen Kosten verbunden. Dies führt im Ergebnis dazu, dass deutsche Unternehmen die Möglichkeiten von Cloud-Anwendungen viel zu wenig nutzen. Denn sie fürchten um die Souveränität ihrer Daten. Das ist wiederum eine echte Innovationsbremse für die europäische Wirtschaft. —>

IN KÜRZE

Führend bei Cloud-Diensten sind außereuropäische Konzerne. Strenge Verträge bremsen die digitale Innovationsfreude der europäischen Wirtschaft.

DIGITALE SOUVERÄNITÄT FÜR EUROPA

Mit Gaia-X ist ein großer Schritt hin zur digitalen Souveränität Europas gelungen. Dieses System muss nun in der Industrie implementiert werden. Europa setzt damit auf einen fairen Austausch von Diensten und Daten, basierend auf Offenheit, Transparenz und Vertrauen. Erst das großflächige Ausrollen kann allerdings Gaia-X nachhaltigen Erfolg bringen. Hierfür ist eine hochleistungsfähige Cloud-Infrastruktur notwendig.

Gemeinsam mit Frankreich treibt Deutschland daher ein Important Project of Common European Interest (IPCEI) mit insgesamt zwölf Mitgliedstaaten voran. Das IPCEI Next Generation Cloud Infrastructure and Services (kurz: IPCEI Industrial Cloud) soll den europäischen Cloud-Markt revolutionieren. Das IPCEI kann dazu beitragen, industrielle Wert-

WAS IST EIN IPCEI?

IPCEI ist die Abkürzung für „Important Project of Common European Interest“. Dabei handelt es sich um ein transnationales Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse, das staatlich gefördert wird und einen wichtigen Beitrag zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und Wirtschaft leistet. Ein IPCEI muss:

- einen Beitrag zu den strategischen Zielen der Europäischen Union (EU) leisten,
- von mehreren Mitgliedstaaten durchgeführt werden,
- eine eigene Ko-Finanzierung durch die beteiligten Unternehmen/Einrichtungen vorsehen,
- positive Spill-over-Effekte in der gesamten EU bewirken und
- sehr ehrgeizige Ziele in Bezug auf den jeweils betroffenen Sektor verfolgen, das heißt z. B., deutlich über den internationalen Stand der Technik im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation hinausgehen.

GAIA-X

Mit dem Projekt Gaia-X soll eine sichere und vernetzte Dateninfrastruktur geschaffen werden, um die digitale Souveränität Europas zu gewährleisten. Daten und Dienste sollen offen und transparent in einem digitalen Ökosystem vertrauensvoll zusammengeführt und geteilt werden können, ohne dass Unternehmen die Kontrolle über ihre Daten aufgeben müssen. So wird eine gemeinsame Nutzung möglich – zum Vorteil für die beteiligten Unternehmen. Weitere Informationen zu Gaia-X finden sich unter ► www.bmwi.de/monatsbericht-gaia-x-digital-souveraenes-europa

schöpfungsketten digital zu gestalten und die Datenverarbeitung hier neu aufzustellen – vom einzelnen Sensor in einer Maschine oder einem Fahrzeug, über regionale Edge-Datencenter bis zur zentralen Cloudverarbeitung.

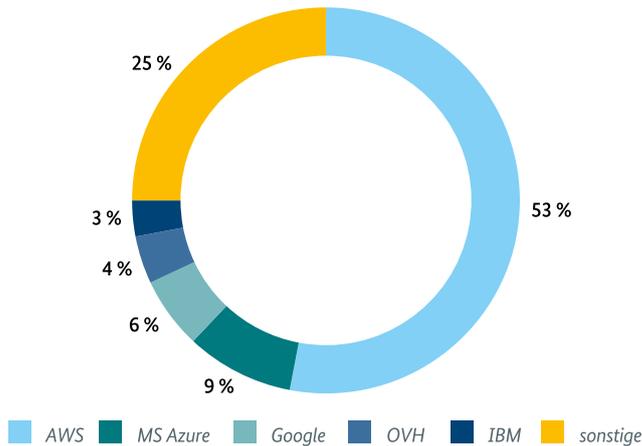
DAS POTENZIAL IST RIESIG

Das IPCEI Industrial Cloud ist ein gewaltiger technologischer Hebel, der Gaia-X Dienste in skalierbare industrielle Anwendung einbringt. Das Ziel ist etwas völlig Neues: durch Verbindung der zentralen und dezentralen Rechenkapazitäten mit einer „smarten“ Datenverarbeitung den zahlreichen Anbietern und Anwendern eine gemeinsame Infrastruktur auf einer gemeinsamen technologischen

DIE NEUE EUROPÄISCHE CLOUD VERARBEITET DATEN IN ECHTZEIT

Grundlage zu bieten. Dieses sogenannte „Multi Provider Cloud Edge Continuum“ ist nicht nur effizient, sondern auch offen, interoperabel und anschlussfähig. Es muss höchsten industriellen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit gerecht werden. Besondere Bedeutung kommt dabei der Echtzeitfähigkeit zu, also der Fähigkeit, Daten ohne signifi-

ABBILDUNG: DER EUROPÄISCHE CLOUD-MARKT (IAAS), 1. HJ. 2020



Quellen: KPMG (2021) „Der europäische Cloud-Markt 2027-2030“; eigene Darstellung

MIT OFFENEN MÄRKTEN UND TECHNOLOGISCHEN INNOVATIONEN WILL EUROPA DIE DOMINANZ AUSSEREUROPÄISCHER ANBIETER FÜR CLOUD-DIENSTE AUFBRECHEN.

EDGE

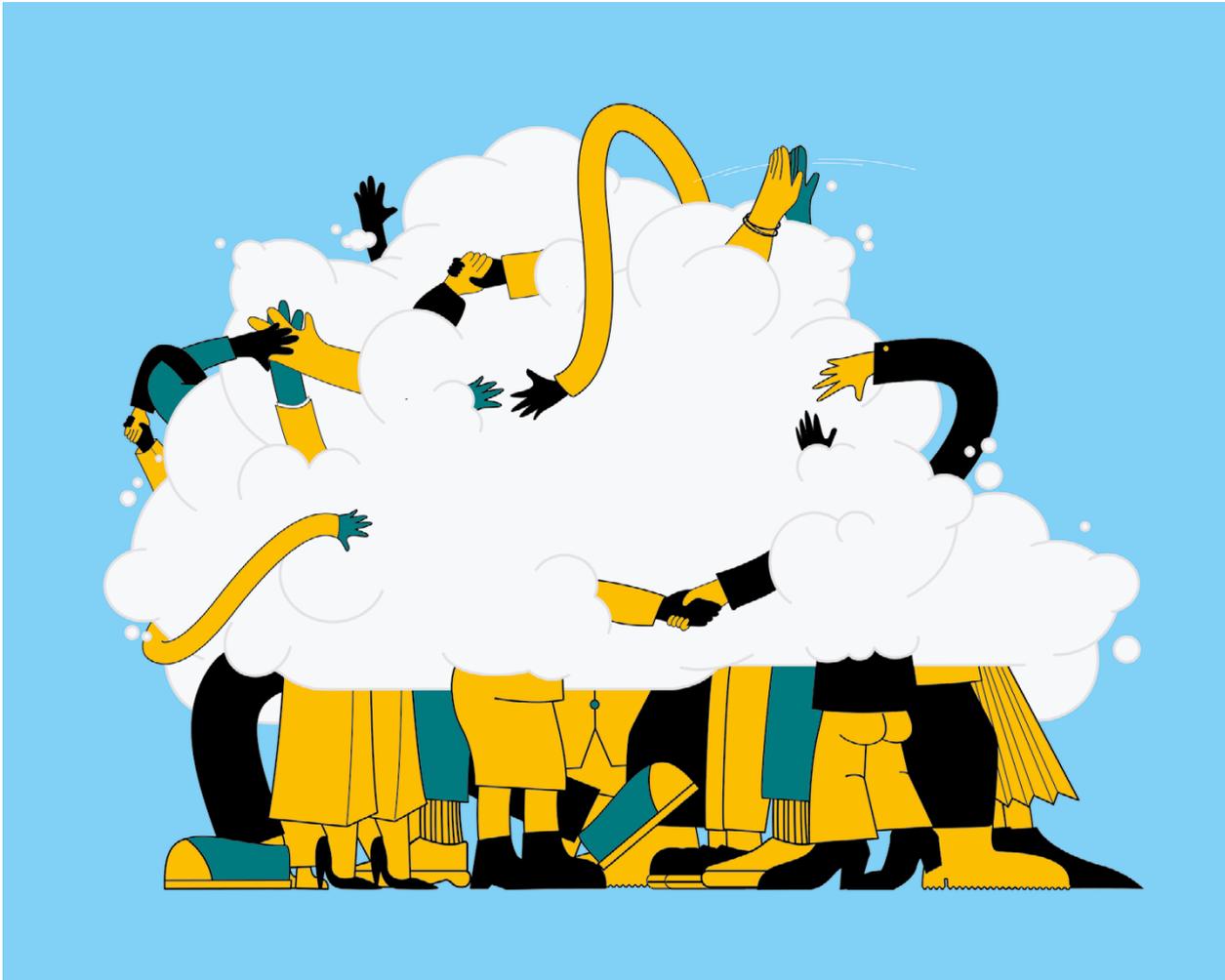
Unter Edge ist ein dezentrales Datenarchitekturprinzip zu verstehen. Beim Edge-Computing werden Daten nicht allein in der Cloud, sondern weltweit dort verarbeitet, wo sie anfallen, das heißt, nahe an den Produktionsprozessen – auch mit Cloud-Technologien. Dies ist besonders relevant bei Prozessen mit hohen Anforderungen an Sicherheit oder Übertragungsgeschwindigkeit.

Das lohnt sich: Der europäische Cloud-Markt hatte 2020 ein Volumen von ca. 63 Mrd. Euro und könnte bis 2026 auf 260 Mrd. Euro anwachsen. Damit entspräche er dem heutigen Telekommunikationsmarkt, so eine Studie der Unternehmensberatung KPMG. Der europäische Markt ist bisher fest in der Hand außereuropäischer „Hyperscaler“. —>

kante zeitliche Verzögerung zu verarbeiten. Die neue europäische Cloud-Infrastruktur geht damit weit über bestehende Cloud-Angebote hinaus.

Kooperation ist ein wesentlicher Bestandteil dieser innovativen Infrastruktur. Das ist der fundamentale Unterschied zu den Geschäftsmodellen der marktbeherrschenden sogenannten „Hyperscaler“ wie Amazon AWS, Google Cloud Platform oder Microsoft Azure – Anbieter von IT-Ressourcen auf Basis des Cloud Computings, deren Ressourcen sich horizontal in hohem Maß skalieren lassen. Diese setzen durch fehlende Interoperabilität und hohe Wechselbarrieren bewusst auf „lock-in“-Effekte.





Mit dem IPCEI Industrial Cloud macht sich Europa auf den Weg, diese Dominanz aufzubrechen. Dabei geht es primär darum, offene technologische Grundlagen zu schaffen und gemeinsame, offene Marktplätze für Cloud-Edge-Dienstleistungen bereitzustellen, die sich nach den Bedürfnissen der europäischen industriellen Anwender richten. Die Souveränität der Nutzer über ihre Daten steht im Mittelpunkt des Vorhabens.

ERFOLGREICH GESTARTET

Gefördert von den Mitgliedstaaten und unterstützt von der Europäischen Kommission plant die europäische Industrie mit dem IPCEI Industrial Cloud einen echten Technologiesprung. Am 6. Oktober 2021 kamen in einer hybriden Veranstaltung Vertreterinnen und Vertreter von mehr als 200 euro-

päischen Unternehmen zusammen. Sie repräsentieren rund 100 Projekte aus den zwölf am IPCEI Industrial Cloud beteiligten EU-Mitgliedstaaten.

Das BMWi hat für dieses Vorhaben 22 Projekte aus Deutschland vorausgewählt. Technologie- und Softwareunternehmen sind ebenso vertreten wie Anwenderindustrien, etwa aus der Automobilwirtschaft oder der Luftfahrtindustrie. Es sind namhafte größere Industrieunternehmen und auch viele innovative Mittelständler beteiligt.

750 MIO. EURO

stellt Deutschland für Investitionen in das IPCEI Industrial Cloud bereit.

IM FOKUS: TECHNOLOGIEN, DIE DIE ENERGIEEFFIZIENZ VON CLOUD-DIENSTEN VERBESSERN.

EU-MATCHMAKING DER NATIONALEN PROJEKTE

Damit die einzelnen Forschungs- und Innovationsvorhaben miteinander kompatibel sind, ist die grenzüberschreitende Vernetzung der nationalen Projekte notwendig. Dies erfolgt im „Matchmaking“-Prozess des IPCEI Industrial Cloud. Die auf nationaler Ebene ausgewählten Projekte suchen in den kommenden Wochen Partner zur Bildung von Kooperationen, erstellen eine gemeinsame Arbeitsgrundlage und bereiten zusammen mit den Mitgliedstaaten den Genehmigungsantrag für die beihilferechtliche Notifizierung durch die Europäische Kommission vor.

Die Europäische Kommission wird dabei u. a. prüfen, ob das Vorhaben den Nachhaltigkeits- und Klimazielen der Europäischen Union Rechnung trägt. Der Energiebedarf für Cloud-Computing ist in den vergangenen Jahren enorm angestiegen. Das IPCEI Industrial Cloud wird daher auch Technologien fördern, die die Energieeffizienz der Cloud-Infrastruktur und -Anwendungen verbessern. Zugleich bieten diese Technologien die Möglichkeit, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit in anderen Bereichen zu steigern, beispielsweise durch intelligente Datenverarbeitung und Energieversorgung oder fortschrittliche Kreislaufwirtschaft.

Deutschland stellt bis 2026 insgesamt 750 Mio. Euro für Investitionen im Rahmen des IPCEI Industrial Cloud bereit. Daneben beteiligen sich außerdem elf weitere Mitgliedstaaten wie Frankreich, Italien und Polen. —

MEHR ZUM THEMA

Weitere Informationen sind auf der Internetseite des BMWi nachzulesen: www.ipcei-cis.de

KONTAKT:
PETER ITTENBACH & MARCO SCHULD
Referat: Digitalisierung, Industrie 4.0

schlaglichter@bmwi.bund.de



3 FRAGEN AN

ERNST STÖCKL-PUKALL
LEITER DES REFERATES
„DIGITALISIERUNG, INDUSTRIE 4.0“

WIE WIRD SICH DAS IPCEI INDUSTRIAL CLOUD AUF DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER EUROPÄISCHEN INDUSTRIE AUSWIRKEN?

Die Wertschöpfung der Zukunft wird auf Daten basieren und in komplexen Netzwerken stattfinden. Unternehmen brauchen Vertrauen und verlangen Sicherheit und Souveränität über ihre Daten. Dazu müssen wir die digitale Infrastruktur völlig neu denken. Genau das macht das IPCEI Industrial Cloud, synchronisiert auf den Werten von Gaia-X. Wir sind überzeugt, dass wir so das große europäische Innovationspotential entfesseln können.

WARUM KÖNNEN DIE EUROPÄISCHEN HERSTELLER DAS NICHT ALLEINE SCHAFFEN?

Das IPCEI Industrial Cloud ist ein gesamteuropäisches Projekt, das eine offene und anschlussfähige digitale Infrastruktur für alle 27 Mitgliedstaaten schaffen wird. Alle Einzelvorhaben werden benötigt, um dieses Ziel zu erreichen. Unternehmen brauchen Verlässlichkeit, dass alle Bausteine für die zukünftige europäische digitale Infrastruktur auch tatsächlich entstehen. Ein Unternehmen allein könnte ein solches Risiko nie tragen.

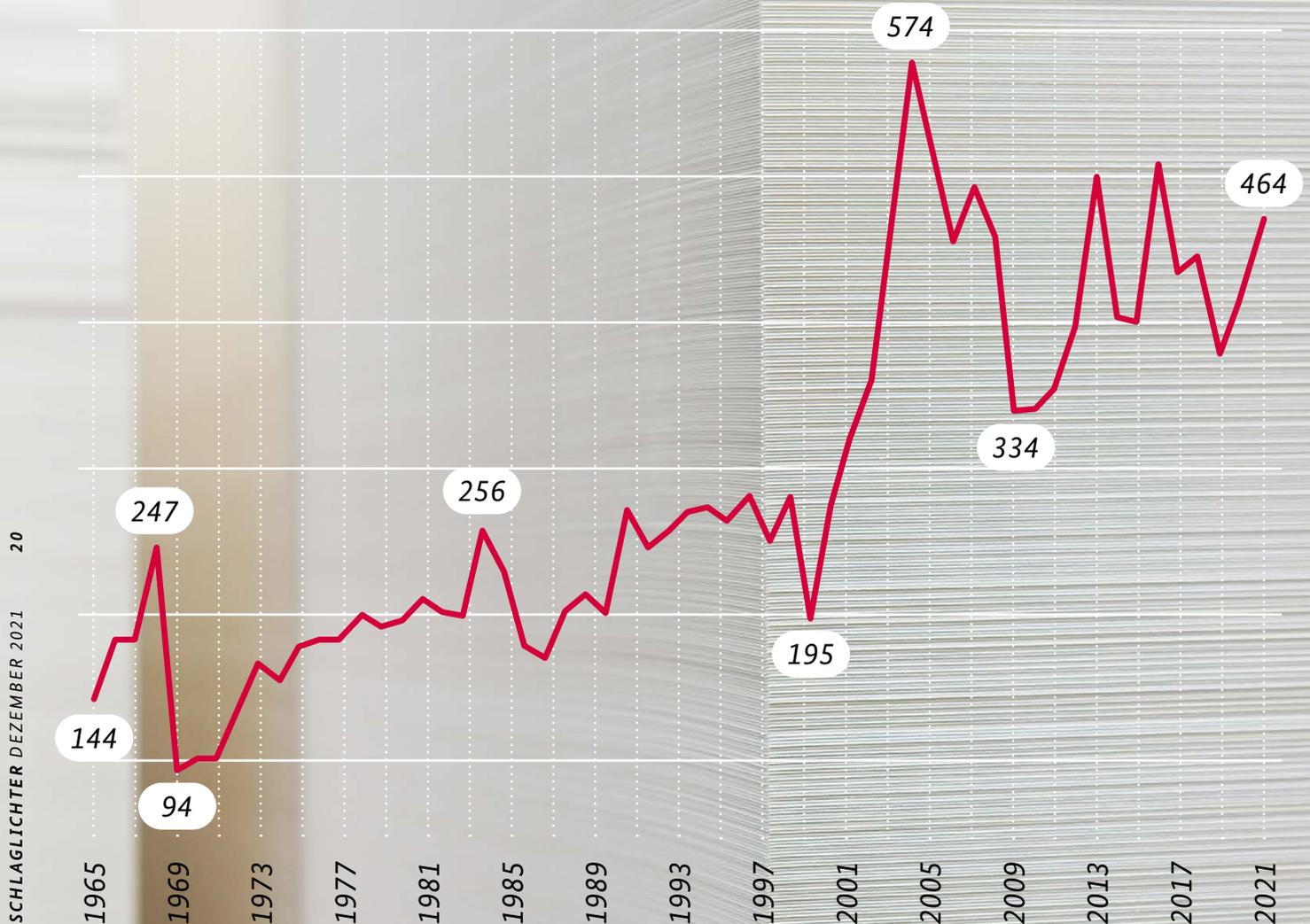
WIE WIRD SICHERGESTELLT, DASS SICH DAS IPCEI INDUSTRIAL CLOUD AN DEN ENTWICKLUNGEN DES MARKTES ORIENTIERT?

Die erste industrielle Nutzung ist Bestandteil des IPCEI Industrial Cloud. Die großen, innovativen Projektvorschläge aus der Anwenderindustrie belegen schon jetzt, dass Europa diese digitale Infrastruktur braucht und will. Zu den teilnehmenden Branchen gehören u. a. Automobil-, Luftfahrt- und Elektroindustrie. —



AUF EINEN BLICK

Seitenumfang der Jahresgutachten des SVR



SEITENSTARKE EMPFEHLUNGEN

Seit Mitte der 1960er Jahre analysiert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, kurz der SVR oder die „Wirtschaftsweisen“, die wirtschaftspolitischen Herausforderungen Deutschlands. Dabei deckt er über die Jahre eine breite Palette an Themen ab: von der Ölkrise in den 1970ern über die wirtschaftlichen Aspekte der Wiedervereinigung der 1990er bis zur aktuellen Corona-Pandemie. Die steigende Komplexität der Wirtschaftspolitik hat sich auch in der Seitenzahl der Gutachten niedergeschlagen. Insbesondere seit den 2000er Jahren sind die jährlichen Analysen umfangreicher geworden. Auch das aktuelle Gutachten präsentiert sich wieder inhaltsreich und seitenstark.

TELEGRAMM

HEUTE

ABSICHERUNGSTRUMENT FÜR MESSEBETREIBER

BUND UND LÄNDER HABEN ZUR WIEDERBELEBUNG DES MESSE- UND AUSSTELLUNGSGESCHÄFTS nach der Corona-Pandemie ein neues Absicherungsinstrument für die Veranstalter von Messen und gewerblichen Ausstellungen geschaffen. Der Mechanismus sichert die Planungs- und Vorbereitungskosten von Messen und Ausstellungen ähnlich einer Versicherung gegen das Risiko einer vollständigen Betriebsuntersagung aufgrund pandemiebedingter Restriktionen ab. Insgesamt können Risiken bis 600 Mio. Euro abgesichert werden. Registrierungen werden auf ► www.sonderfonds-messe.de entgegengenommen.



FORSCHUNG

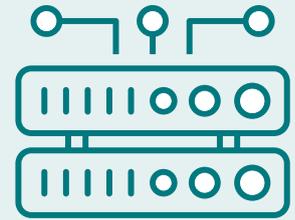
WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHES CLUSTER AFRIKAFORSCHUNG VERLÄNGERT

MIT EINER AUFTAKTVERANSTALTUNG IM BMWI IST DAS FORSCHUNGSPROGRAMM „WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHES CLUSTER AFRIKAFORSCHUNG“ gestartet. Das vom BMWi und BMF geförderte Programm des IfW Kiel und der ESB Business School Reutlingen soll die wirtschaftspolitische Relevanz des Kontinents verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit rücken. Weitere Informationen finden sich unter ► t1p.de/DBA.

KLIMASCHUTZ

FÖRDERUNG FÜR BETANKUNGSSCHIFFE

DAS BMWI FÖRdert MIT INSGESAMT 86 MIO. EURO IN DEN JAHREN 2022-2024 den Neubau von Betankungsschiffen für Flüssigerdgas (LNG) und erneuerbare Kraftstoffe. Damit sollen die Folgen der Corona-Pandemie in der maritimen Industrie abgefedert werden. Außerdem wird durch Anreize zur Nutzung alternativer Kraftstoffe mit verringerten Luftschadstoffemissionen für mehr Klimaschutz in der Schifffahrt gesorgt. Anträge für die Förderung können ab sofort beim BAFA gestellt werden. Weitere Informationen finden sich unter ► t1p.de/Kraftstoffalternativen.



PUBLIKATION

PRAXISLEITFADEN NETZAUSBAU VORGESTELLT

BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTER ALTMAIER HAT DEN PRAXISLEITFADEN NETZAUSBAU vorgestellt, der im Auftrag des BMWi erarbeitet wurde. Der Leitfaden soll Genehmigungsbehörden und Vorhabenträgern Best-Practice-Beispiele für eine Beschleunigung und Optimierung des Netzausbaus an die Hand geben. Er enthält über 100 Handlungsempfehlungen zum Projektmanagement, zum Ressourcenmanagement, zur Öffentlichkeitsbeteiligung, zur Zulassung und zur Projektrealisierung und ist auf ► www.bmwi.de/praxisleitfaden-netzausbau.html abrufbar.

ENERGIEWENDE

FÖRDERPROGRAMM „UNTERNEHMEN REVIER“ VERLÄNGERT

DAS BUNDESMODELLVORHABEN „UNTERNEHMEN REVIER“ wurde bis zum 31. Dezember 2027 verlängert. Der Bund fördert mit jährlich 8 Mio. Euro Modell-Vorhaben für den Strukturwandel in den Braunkohleregionen Helmstedter, Mitteldeutsches, Lausitzer und Rheinisches Revier nach Maßgabe regionaler Investitionskonzepte der Reviere. Künftig wird ein noch stärkerer Schwerpunkt auf die Projektförderung für Unternehmen gesetzt.



SEIT 1968 ABBILD DES WANDELS: DER JAHRESWIRT- SCHAFTSBERICHT

IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT GIBT DIE BUNDESREGIERUNG ANTWORTEN AUF AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN – UND SPIEGELT SO DEN WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN ZEITGEIST WIDER

Der Jahreswirtschaftsbericht (JWB) ist der zentrale wirtschafts- und finanzpolitische Bericht der Bundesregierung. Sie legt ihn dem Bundestag und dem Bundesrat vor – gemäß Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StWG) bis Ende Januar jedes Jahres. Der JWB führt den Ausblick zur wirtschaftlichen Entwicklung (Jahresprojektion) mit der wirtschafts- und finanzpolitischen Strategie und den Maßnahmen zusammen, die die Bundesregierung im laufenden Jahr ergreifen will.

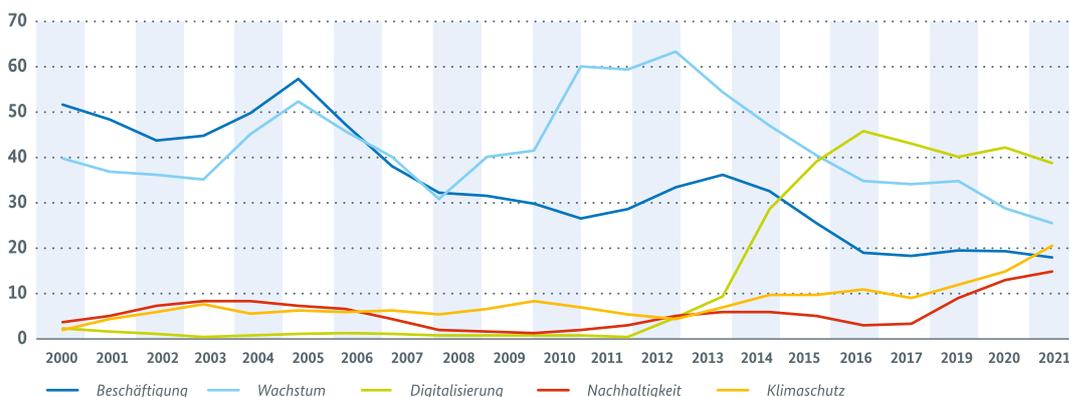
Über die Jahrzehnte hinweg spiegelt der JWB zuverlässig die ökonomische Lage der Nation und den wirtschaftspolitischen Zeitgeist wider: über die Globalsteuerung, den Wechsel zur Angebotspolitik, die Wiedervereinigung bis hin zum Umgang mit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise im neuen Jahrtausend – und zuletzt zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie.

Auch in den kommenden Jahren steht die Wirtschaftspolitik im Zeichen des Wandels. Allein die notwendigen Schritte zur Erreichung der Klimaschutzziele werden die deutsche Wirtschaft maßgeblich prägen. Auch die Digitalisierung und die gesellschaftliche Alterung werden →

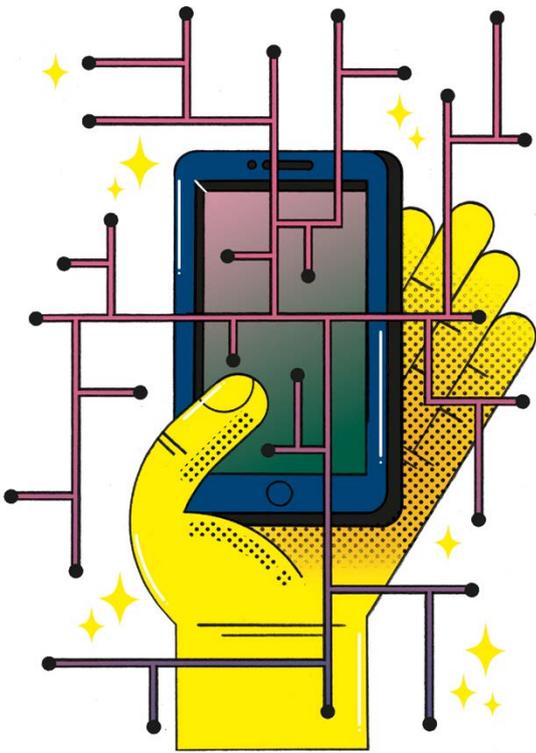
IN KÜRZE

Der JWB legt die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung dar.

ABBILDUNG 1: AUSGEWÄHLTE THEMEN IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT



Quellen: eigene Darstellung; absolute Häufigkeit der genannten Begriffe (nur ganze Worte, ohne Maßnahmentabelle/Anhang); gleitende Mittelwerte (3 Jahre)



noch stärker an Relevanz gewinnen. In der Sozialen Marktwirtschaft geht es darum, alle in der Gesellschaft bei den notwendigen Anpassungen zu unterstützen und alle am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben zu lassen. Der Jahreswirtschaftsbericht dient nicht nur der Information im politischen Raum. Er trägt auch dazu bei, die Wirtschafts- und Finanzpolitik, mit der die Bundesregierung den Wandel begleitet und gestaltet, der interessierten Öffentlichkeit darzulegen und zu erklären. Dabei sollen wirtschaftspolitische Maßnahmen klaren Zielen zugeordnet und mögliche Zielkonflikte transparent gemacht werden.

ANTWORTEN AUF AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN

Seinen hohen fachlichen und politischen Stellenwert zieht der JWB daraus, dass Struktur und Ausrichtung stetig überprüft und an die gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Herausforderungen angepasst werden. Während der Fokus in früheren Jahrzehnten verstärkt auf den wirtschaftspolitischen Kernanliegen Wachstum und Beschäftigung lag, hat sich der Blickwinkel zuletzt stärker auf Klimaschutz und Nachhaltigkeitsaspekte geweitet. Gleichzeitig ist die Digitalisierung seit Mitte des letzten Jahrzehnts zentrales Thema des JWB (vgl. Abbildung 1).

DER JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT IM LAUFE DER JAHRE

1976
Das sozial-liberale Kabinett unter Kanzler Helmut Schmidt tagt zum JWB. Steigende Verbraucherpreise und eine zunehmende Arbeitslosigkeit werfen neue konjunkturpolitische Fragen auf.



1985
Bundeskanzler Helmut Kohl im Bundestag bei der Debatte über den JWB.



2004
Wolfgang Clement (SPD), Bundeswirtschaftsminister unter Gerhard Schröder, stellt den JWB vor. Schwerpunkt: „Strukturreformen am Arbeitsmarkt.“



1979
Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) spricht im Bundestag zum JWB.



2002
Im JWB, hier präsentiert von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD), ging es u. a. um das Bündnis für Arbeit.



DER JAHRESWIRTSCHAFTBERICHT HAT NEBEN WACHSTUM AUCH WOHLFAHRTSASPEKTE UND NACHHALTIGKEIT IM BLICK.

Damit spiegelt der Bericht unmittelbar wirtschaftliche Entwicklungen ebenso wie gesellschaftliche Herausforderungen.

EIN BREITES ABBILD GESELLSCHAFTLICHER WOHLFAHRT

Das Bruttoinlandsprodukt ist ein wichtiger Indikator für Wohlstand, Wachstum und soziale Sicherheit. Daneben hängen weitere Aspekte der gesellschaftlichen Wohlfahrt eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Häufig zeigt sich aber ein Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlichem Wachstum und breiteren Wohlfahrtsaspekten. Der JWB stellt daher bereits seit Jahren über die Jahresprojektion des Bruttoinlandsprodukts hinaus Bezüge zu weiteren Wohlfahrts- und Nachhaltigkeitsaspekten her, insbesondere durch Einbeziehung von Indikatoren der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Das Bruttoinlandsprodukt soll künftig systematisch durch weitere Wohlfahrtsindikatoren ergänzt werden.

STELLUNGNAHME ZUM JAHRESGUTACHTEN DES SACHVERSTÄNDIGENRATS

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR ► www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de) legt jedes Jahr im November sein Jahresgutachten vor. Durch seine Gutachten und Analysen trägt der SVR als unabhängiges Beratungsgremium entsprechend seinem gesetzlichen Auftrag zur Erkenntnis- und Urteilsbildung bei; die sogenannten „Wirtschaftsweisen“ liefern wertvolle Impulse für den öffentlichen und politischen Diskurs. Im Jahreswirtschaftsbericht nimmt die Bundesregierung gemäß § 2 Absatz 1 StWG formal Stellung zu den Ausführungen des SVR. Diese Stellungnahme ist ein wichtiges Instrument, um die Meinungsbildung innerhalb der Bundesregierung eng mit aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu verzahnen. —

KONTAKT

Referat: Grundsatzfragen der
Wirtschaftspolitik

schlaglichter@bmwi.bund.de

2011

Nach der Finanzkrise nimmt der JWB der schwarz-gelben Regierung unter Angela Merkel den Aufschwung ins Visier.



2012

Philipp Rösler (FDP), Bundesminister für Wirtschaft und Technologie spricht im Bundestag zum JWB 2012



2021

Im Zeichen der Pandemie: Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier stellt den JWB „Corona-Krise überwinden, wirtschaftliche Erholung unterstützen, Strukturen stärken“ vor.



2009

„Konjunkturgerechte Wachstumspolitik“ – unter dieser Überschrift formuliert die Bundesregierung ihre wirtschaftspolitische Reaktion auf die Finanzkrise.



2018

Weiter auf Wachstumskurs – Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries stellt den JWB vor.



KURZ & KNAPP

MODERNE WIRTSCHAFTSSTATISTIK

**WENIGER BELASTUNG FÜR UNTERNEHMEN
UND BESSERE DATEN FÜR DIE FORSCHUNG**

Nach über drei Jahren Unterbrechung fand am 29. Oktober 2021 die 84. Sitzung des Bund-Länder-Ausschusses Statistik unter Beteiligung der zuständigen Landesministerien, des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter statt. Spannende Themen gab es genug.

Dem Gremium wurden erstmals zwei wichtige Initiativen des BMWi vorgestellt: Dies war zum einen die Einführung eines Basisregisters für Unternehmensstammdaten. Die Verwendung einer bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer, die zentral und registerübergreifend Unternehmen identifiziert, reduziert Berichtspflichten der Unternehmen – ein wichtiger Baustein bei der Umsetzung des Once-Only-Prinzips.

Zum anderen wurden die vereinbarten Eckpunkte einer interministeriellen Arbeitsgruppe für eine bessere Wirtschaftsstatistik und erleichterten Datenzugang für die Wissenschaft vorgestellt. Diese wurden vom BMWi – zusammen mit BMF, BMI, BMBF und unter Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes – erarbeitet. Sie beinhalten Vorschläge für rechtliche, strukturelle und finanzielle Reformen der amtlichen Statistik: Gesetzliche Forschungsklauseln sollen ausgeweitet, die Nutzung und

Zusammenführung von Wirtschaftsdaten erweitert, das Statistikangebot zielgerichtet und bürokratieentlastend ausgebaut und digitale Datenquellen besser nutzbar gemacht werden. Außerdem soll beim Statistischen Bundesamt ein Institut für Datenforschung und -analyse geschaffen sowie ein Forschungsdatenökosystem mit vernetzten, gut ausgestatteten Forschungsdatenzentren entwickelt werden.

Weiterhin wurden Änderungen in der europäischen Statistik diskutiert, so etwa die Überarbeitung der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige (NACE), die nach Abschluss auf europäischer Ebene auch in eine nationale Revision münden wird. Auch die nationale Umsetzung der europäisch veranlassten Harmonisierung der Unternehmensstatistiken (EBS-Verordnung) wurde vorgestellt.

Mit Blick auf die nationale Statistik wurde unter anderem eine mögliche Ausweitung der Nutzung von Daten aus Scannerkassen in Handelsunternehmen diskutiert, die derzeit bereits zur Messung der Preisentwicklung genutzt werden. Vorgestellt wurden zudem die Aktivitäten der



Statistischen Ämter im Bereich des Profilings großer Unternehmen mit dem Ziel, die Qualität statistischer Daten deutlich zu verbessern. Außerdem wurden vielfältige Ansätze zur weiteren Reduzierung bürokratischer Lasten im Kontext der Statistik diskutiert, so etwa die Nutzung von Experimentierklauseln bei der Statistikgesetzgebung oder spezifische Entlastungen von Existenzgründern, die sich auf Antrag in den ersten drei Jahren der Gründung von der Auskunftspflicht zur Statistik befreien lassen können. Schließlich wurden Möglichkeiten zur Reduzierung der Revisionsanfälligkeit im Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) diskutiert. —

KONTAKT

DR. MATTHIAS PANNHORST
Referat: Wachstum, Demografie
und Statistik
schlaglichter@bmwi.bund.de

ZUKUNFT ERPROBEN

BMWi STARTET DEN ZWEITEN INNOVATIONSPREIS REALLABORE

Reallabore sichtbar machen, innovative Ideen würdigen und zu neuen Reallaboren ermuntern – das sind die Ziele des Wettbewerbs „Innovationspreis Reallabore: Testräume für Innovation und Regulierung“, den das BMWi am 10. November 2021 bereits zum zweiten Mal gestartet hat. Nach der ersten Preisverleihung im Mai 2020, bei der herausragende Reallabore im Bereich autonomes Fahren auf der Straße oder Schiene, Drohnenanwendungen, neue Lösungen für Telemedizin oder öffentliche Verwaltungen ausgezeichnet wurden, ruft das BMWi erneut innovative Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Verwaltungen dazu

auf, sich mit geplanten, laufenden und abgeschlossenen Reallaboren für den Innovationspreis zu bewerben.

Reallabore sind zeitlich begrenzte Testräume, in denen Innovationen unter realen Bedingungen erprobt werden, die mit dem bestehenden Rechtsrahmen oft nur bedingt vereinbar sind. So kann auch der Gesetzgeber schon im frühen Stadium über die Wirkungen der Innovationen lernen, um die Gesetze so weiterzuentwickeln, dass Zukunft in Deutschland nicht nur gedacht, sondern auch gemacht wird.

Der Preis wird technologie- und innovationsübergreifend in drei Kategorien vergeben:

- **Kategorie „Ausblicke“:**
Ideen für Reallabore
- **Kategorie „Einblicke“:**
Reallabore in der Umsetzung
- **Kategorie „Rückblicke“:**
Abgeschlossene Reallabore

Ziel der Kategorie „Ausblicke“ ist es, potenzielle Anwendungsfelder und Projektideen für zukünftige Reallabore zu identifizieren, Erkenntnisse für Verwaltungen und Gesetzgeber zu gewinnen und Handlungsbedarfe zu identifizieren. In den beiden anderen Kategorien geht es darum, Erprobungen mit Vorbildcharakter zu präsentieren und deren Erfolgsfaktoren und Umsetzungsstrukturen herauszustellen.

Eine hochkarätig besetzte Fachjury wählt für jede Kategorie drei Sieger aus. Zentrale Bewertungskriterien sind dabei die Einordnung als Testraum für Innovation und Regulierung, der Innovationsgrad und der Vorbildcharakter des Reallabors.

Die Sieger des Wettbewerbs werden im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung im Frühsommer 2022 ausgezeichnet und der Öffentlichkeit präsentiert. Alle ausgezeichneten Reallabore sind berechtigt, das Label „Reallabore – Testräume für Innovation und Regulierung“ zu tragen.

Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Verwaltungen können sich bis zum 26. Januar 2022 unter folgendem Link bewerben: [▶ www.innovationspreis-reallabore.de](http://www.innovationspreis-reallabore.de). Dort findet sich auch ein Rückblick auf den ersten Innovationspreis Reallabore und dessen Sieger. —



MEHR ZUM THEMA

Weiterführende Informationen zur Reallabore-Strategie und den weiteren Maßnahmen des BMWi zur Stärkung von Reallaboren unter www.reallabore-bmwi.de

KONTAKT

DR. KAI HIELSCHER & JENS GIRKENS
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse,
Geschäftsstelle Reallabore
schlaglichter@bmwi.bund.de

TRANSFORMATION GESTALTEN: BILDUNG, DIGITALISIERUNG UND NACHHALTIGKEIT

SACHVERSTÄNDIGENRAT LEGT
JAHRESGUTACHTEN 2021/22 VOR



Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) hat sein aktuelles Jahresgutachten „Transformation gestalten: Bildung, Digitalisierung und Nachhaltigkeit“ am 10. November 2021 an Bundeskanzlerin Angela Merkel übergeben und der Öffentlichkeit vorgestellt. Der SVR legt mit dem Jahresgutachten auch seinen nunmehr dritten Produktivitätsbericht als Nationaler Ausschuss für Produktivität im europäischen Kontext vor.

Der SVR ist das zentrale wirtschaftspolitische Beratungsgremium der Bundesregierung. Gesetzliche Grundlage ist das Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963. Die Aufgabe des Rates ist die Begutach-

tung der gesamtwirtschaftlichen Lage und Entwicklung in Deutschland. In seinem Jahresgutachten, das bis zum 15. November eines jeden Jahres vorzulegen ist, untersucht der SVR u. a., wie die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes (Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges und angemessenes Wachstum) erreicht werden können. Die Bundesregierung nimmt im Jahreswirtschaftsbericht, der im Januar des jeweils folgenden Jahres vorgelegt wird, Stellung zum Gutachten.

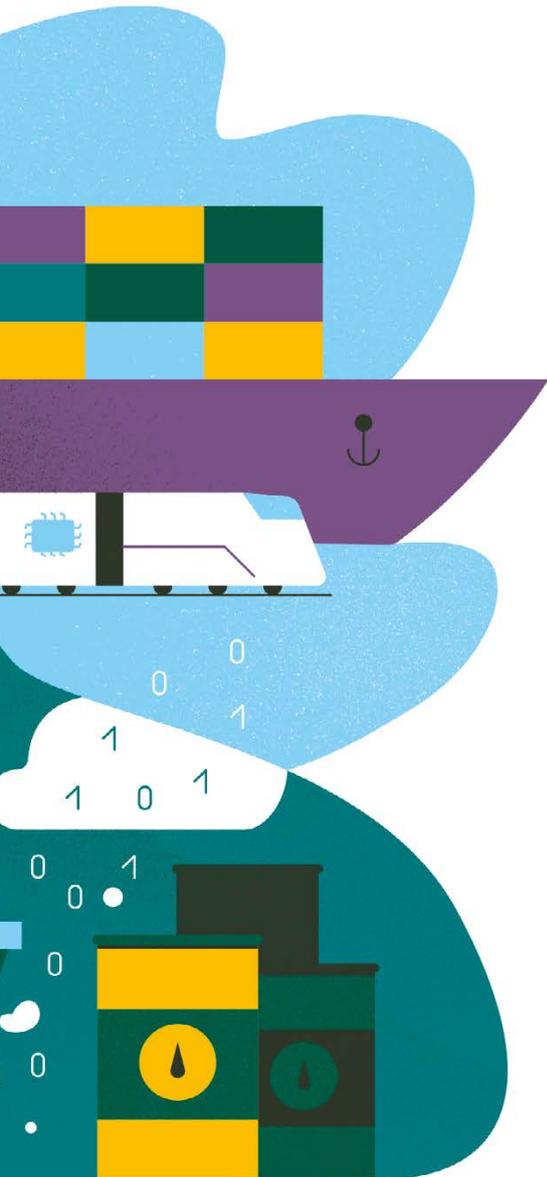
Das aktuelle Gutachten setzt sich intensiv mit der Transformation zu einer klimaneutralen und digitalen Wirtschaft auseinander. Der SVR betont dabei die Chancen, die im Strukturwandel liegen.

ANGEBOTSSEITIGE ENGPÄSSE VERZÖGERN DIE KONJUNKTURELLE ERHOLUNG

Der SVR sieht die konjunkturelle Erholung in Deutschland u. a. durch weltweite Lieferengpässe gedämpfter als noch im März erwartet. Er rechnet aber damit, dass das Wachstum wieder anzieht, wenn sich im kommenden Jahr die private Nachfrage nach Dienstleistungen und die Industrieproduktion normalisieren. Auch bei der Nachfrage nach Arbeitskräften sieht der SVR Anzeichen für eine Normalisierung. Für das laufende Jahr erwartet der SVR ein Wachstum beim Bruttoinlandsprodukt von 2,7%, gefolgt von einem kräftigen Wachstum im kommenden Jahr in Höhe von 4,6%. Damit ist er etwas optimistischer als die Bundesregierung, die in ihrer Herbstprojektion ein Wachstum von 2,6% im laufenden Jahr und 4,1% im kommenden Jahr erwartet. Aus Sicht des SVR dürfte das Vorkrisenniveau Anfang 2022 wieder erreicht werden. →

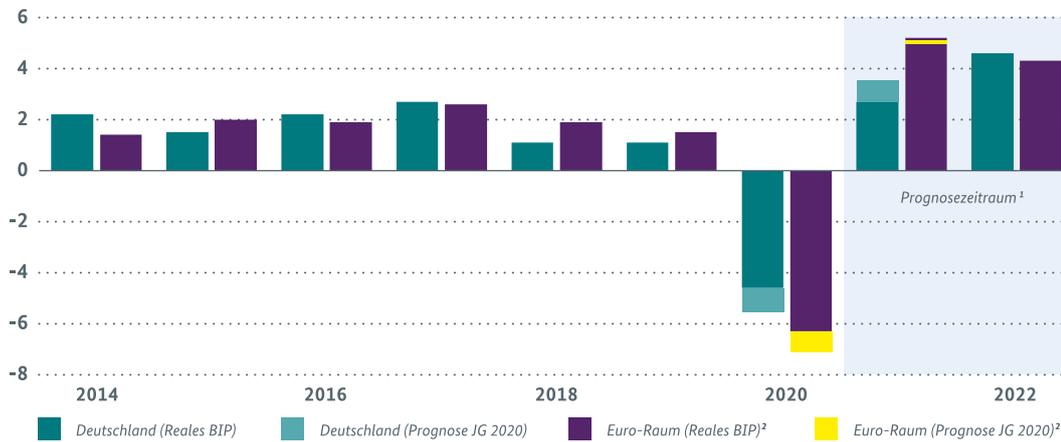
2,7%

Wachstum beim BIP sieht der SVR für das laufende Jahr.



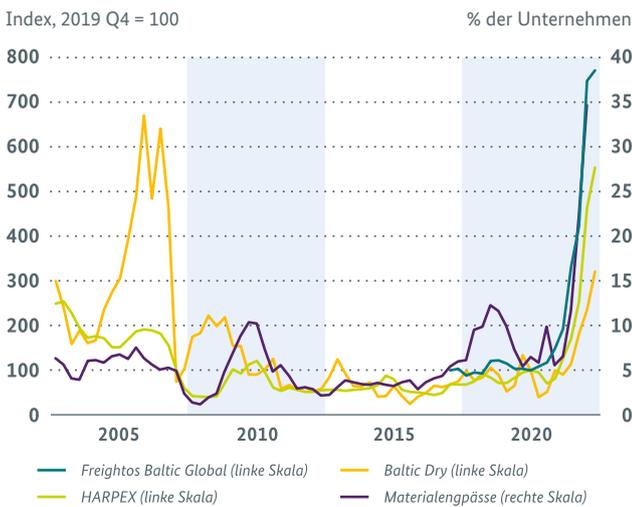
WACHSTUMSPROGNOSE DES SVR FÜR DEUTSCHLAND UND DEN EURORAUM

Veränderung zum Vorjahr in %



¹ Prognose des Sachverständigenrates ² Prognose basiert auf saison- und kalenderbereinigten Quartalswerten
 Quelle: Zitiert nach SVR, Jahresgutachten 2021/22, www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2021.

FRACHTKOSTEN UND MATERIALENGPÄSSE



Quelle: Zitiert nach SVR, Jahresgutachten 2021/22, www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2021.

Für das laufende Jahr rechnet der SVR mit einer Verbraucherpreis-inflation von 3,1 %, für das kommende Jahr mit einem Rückgang auf 2,6 %. Als Gründe für die erhöhten Inflationsraten führt er die angebotsseitigen Lieferengpässe und die gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise an. Der SVR warnt vor dem Risiko, dass sich die höhere Inflation verfestigen könnte, auch wenn er dafür aktuell keine Anzeichen sieht.

CHANCEN DER DATENÖKONOMIE NUTZEN, STRUKTURWANDEL UNTERSTÜTZEN

Aus Sicht des SVR gilt es, gerade angesichts des demographischen Wandels künftige Wachstumspotenziale zu heben. Der Datenökonomie misst er dabei eine hervorgehobene Bedeutung zu. Der SVR stellt verschiedene Vorschläge in den Bereichen Wettbewerb, Verbraucherschutz, Datensicherheit und öffentliche Datenbereitstellung vor, um die Rahmenbedingungen für eine datenbasierte Wirtschaft zu verbessern. Die Pandemie habe die Digitalisierung vorangetrieben – diesen Schwung gelte es weiterhin zu nutzen.

Auch die durch die Unterstützungsmaßnahmen während der Pandemie verlangsamte Reallokationsdynamik auf dem Arbeitsmarkt und im Unternehmenssektor, d. h. der Wechsel von Arbeitskräften zwischen Unternehmen und Branchen und der Marktein- und -austritt von Unternehmen, solle gezielt angeregt werden. Um Beschäftigte zu beruflichen Wechseln zu befähigen, schlägt der SVR ein Weiterbildungsgesetz vor. Vor allem Geringqualifizierte sollten dabei im Fokus stehen. Der SVR

UM
4,6 %

wird das BIP 2022 nach Einschätzung des SVR wachsen.

VORSICHTIGER OPTIMISMUS: ANFANG 2022 DÜRFTE DAS WIRTSCHAFTLICHE VOR-KRISENNIVEAU WIEDER ERREICHT WERDEN.

regt zudem an, für Kleinst- und Kleinunternehmen das Insolvenzrecht anzupassen, um die Chancen für eine Restrukturierung zu verbessern.

Um das Arbeitskräftepotenzial und das Angebot an Fachkräften zu erhöhen, sollte aus Sicht des SVR die Erwerbstätigkeit von Zweitverdienenden, insbesondere mit Blick auf die geleistete Arbeitszeit, gestärkt werden. Dazu könne insbesondere eine Reform des Ehegattensplittings beitragen.

FISKALPOLITIK NORMALISIEREN, ZUKUNFTSGERICHTETE INVESTITIONEN ERMÖGLICHEN

Aus Sicht des SVR war die expansive Fiskalpolitik in der Corona-Pandemie angemessen; die Hilfsmaßnahmen sollten jetzt aber auslaufen. Die Schuldenbremse könne spätestens ab 2023 wieder eingehalten werden. Um den fiskalischen Spielraum in konjunkturschwachen Zeiten zu bewahren, stellt der SVR einen gestreckten Tilgungsplan zur Diskussion, der am Potenzialwachstum der vergangenen 25 Jahre ausgerichtet ist und einen konjunktursensiblen Faktor enthält. Damit würde sich der Tilgungszeitraum der während der Corona-Pandemie aufgenommenen, über die Schuldenbremse hinausgehenden Kredite von 20 auf 29 Jahre verlängern.

Die Transformation erfordert in den kommenden Jahren laut SVR beträchtliche private wie öffentliche Investitionen. Es gelte daher umso mehr, Hemmnisse bei der Umsetzung zukunftsorientierter Ausgaben abzubauen. —→

WORTMELDUNG OHNE HOHE INVESTITIONEN GEHT ES NICHT

DER SACHVERSTÄNDIGENRAT DISKUTIERT HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE TRANSFORMATION

Im Fokus unseres Jahresgutachtens stehen drei Themen, die für die erfolgreiche Gestaltung der anstehenden Transformation zentral sind: Bildung, Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Wir müssen dauerhaft mehr in Bildung investieren, um die Bildungsrückstände aufzuholen, die – in der Pandemie noch mehr als sonst – gerade bei Kindern aus sozial benachteiligten Familien aufgetreten sind. Wir müssen die Digitalisierung vorantreiben und ihr Potenzial für Wirtschafts- und Produktivitätswachstum besser nutzen. Und wir müssen die ökologische und die fiskalische Nachhaltigkeit stärken.

Das Gutachten geht auch auf Fragen ein, die im Zentrum der aktuellen Koalitionsverhandlungen stehen dürften: die Notwendigkeit von öffentlichen und privaten Investitionen und ihre Finanzierung. Hier stellen wir – anders als sonst – zwei unterschiedliche Einschätzungen zur Diskussion. Am Ende muss eine politische Entscheidung gefällt werden.

Die öffentlichen Ausgabenbedarfe werden von verschiedenen Studien unterschiedlich hoch eingeschätzt. Zwei Mitgliedern des Rates, Achim Truger und mir selbst, erscheint ein öffentlicher Ausgabenbedarf bis zu einem mittleren zweistelligen Milliardenbereich plausibel. Auch der Rat hat sich für eine Reihe von Maßnahmen ausgesprochen, die zu hohen öffentlichen Ausgabenbedarfen führen. Dies erfordert eine überzeugende rechtssichere und nachhaltige Finanzierungsstrategie im Rahmen der politisch gesetzten Schuldenbremse, um für die notwendige Verstetigung der Investitionsausgaben zu sorgen. Dabei kommt für einen Teil der Bedarfe aus ökonomischer Sicht eine Finanzierung über eine höhere Nettokreditaufnahme in Frage. Die im Rahmen der Schuldenbremse rechtlich zulässigen Optionen – etwa öffentliche Unternehmen, Rücklagen oder Sondervermögen sowie insbesondere rechtlich selbständige öffentliche Investitionsgesellschaften – sollten ausgelotet werden. —



PROF. DR. MONIKA SCHNITZER

Professorin für Komparative Wirtschaftsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) und seit 2020 Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Dazu zählt der SVR aufwendige Planungs-, Genehmigungs- und Gerichtsverfahren, einen schlechten Abfluss von Investitionsmitteln des Bundes sowie Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft und in der kommunalen Verwaltung.

Der SVR legt im Gutachten zwei verschiedene Sichtweisen zur Mobilisierung und Finanzierung von Investitionen vor: Zwei Mitglieder des Sachverständigenrates, Prof. Veronika Grimm und Prof. Volker Wieland, argumentieren, dass der Fokus stärker auf geeigneten Rahmenbedingungen für private Investitionen liegen sollte, die rund 90% der Gesamtinvestitionen ausmachen. Durch Fokussierung und Ausgabenkürzungen im Bundeshaushalt, etwa bei schädlichen Subventionen, könnten ausreichend Spielräume für öffentliche Investitionen geschaffen werden. Die beiden anderen Mitglieder des Sachverständigenrates, Prof. Monika Schnitzer und Prof. Achim Truger, sprechen sich dafür aus, Möglichkeiten kreditfinanzierter Investitionen im Rahmen der Schuldenbremse auszuloten, solange eine grundgesetzliche Änderung der Schuldenbremse nicht in Sicht sei. Sie halten zudem eine gezielte Privilegierung öffentlicher Investitionen im Rahmen der Schuldenbremse für sinnvoll.

Auch in Bezug auf die europäischen Fiskalregeln stellt der SVR zwei Positionen zur Diskus-

sion: Grimm und Wieland sehen die bestehenden Regeln als ausreichend flexibel an; mit Blick auf die wirtschaftliche Erholung sollte die allgemeine Ausweichklausel spätestens 2023 nicht mehr gelten. Schnitzer und Truger regen an, länderspezifische Schuldenziele bzw. Abbaupfade und gegebenenfalls eine (gedeckelte) Privilegierung investiver Ausgaben in den Schuldenabbauregeln zu verankern, da andernfalls die notwendigen Konsolidierungsanstrengungen für manche Mitgliedsstaaten zu groß sein könnten.

CHANGENGLEICHHEIT DURCH BILDUNGSPOLITISCHE MASSNAHMEN VERBESSERN

Gemäß seinem gesetzlichen Auftrag befasst sich der SVR alle zwei Jahre verstärkt mit verteilungspolitischen Themen, so auch in diesem Jahr. Seine Analysen bestätigen, dass die Unterstützungsprogramme in der Pandemie gewirkt haben: So seien zwar die Markteinkommen im Jahr 2020 ungleich ausgefallen als zuvor, die Verteilung bei den

AUF
2,6 %

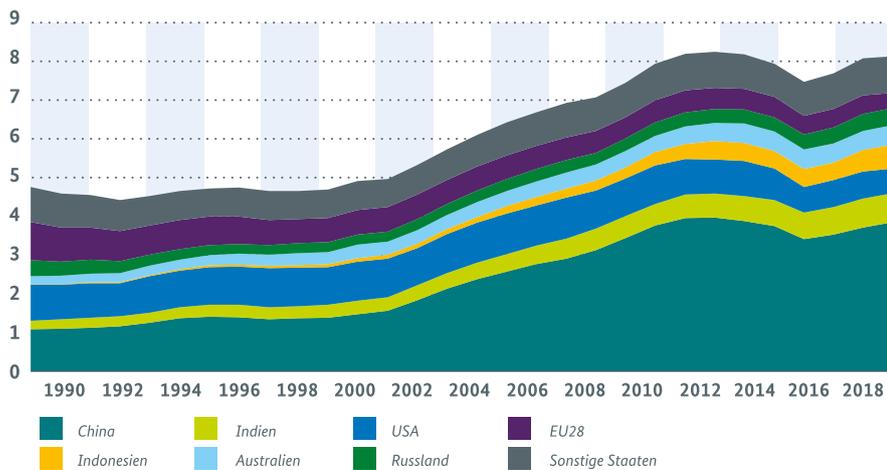
dürfte die Verbraucherpreisinflation laut SVR 2022 zurückgehen.

IN KÜRZE

Analysen bestätigen: Corona-Hilfsprogramme haben gewirkt.

WELTWEITER KOHLEABBAU

Mrd. Tonnen



Quelle: Zitiert nach SVR, Jahresgutachten 2021/22, www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2021.



verfügbaren Einkommen sei jedoch aufgrund von Unterstützungsleistungen aktuellen Daten zufolge nicht ungleicher ausgefallen. Nichtsdestotrotz seien einzelne Bevölkerungsgruppen besonders betroffen gewesen, insbesondere geringfügig Beschäftigte, Geringqualifizierte und Selbständige. Konkret regt der SVR an, die Absicherungsmöglichkeiten von Selbständigen in der Arbeitslosenversicherung attraktiver auszugestalten.

Der SVR betont, dass der Bildungsbereich besonders von der Pandemie betroffen sei. Gerade mit Blick auf die Chancengleichheit bedürfe es daher großer Anstrengungen und struktureller bildungspolitischer Maßnahmen, um die Lernrückstände insbesondere leistungsschwächerer Kinder und Jugendlicher wieder auszugleichen und die Qualität im Bildungssystem zu erhöhen.

Auch auf dem Ausbildungsmarkt habe die Pandemie Spuren hinterlassen. So sei es schwieriger gewesen, offene Stellen und Bewerberinnen und Bewerber zusammenzubringen. Für leistungsschwache Jugendliche schlägt der SVR vor, durch eine vorangehende schulische Berufsausbildung den Übergang in die betriebliche Ausbildung zu erleichtern.

INTERNATIONALE KLIMAKOOPERATION STÄRKEN

Der SVR betont, dass Klimapolitik eine globale Herausforderung darstelle. Wirksamer Klimaschutz bedürfe daher einer verstärkten internationalen Kooperation. Ein „Klimaclub“ mit einem CO₂-(Mindest-)Preis könne dazu beitragen, —>

BEST OF SOCIAL MEDIA

AUF INSTAGRAM



#MEISTERSTÜCKE

In der Videoreihe präsentiert das BMWi Ausbildungsberufe, in denen seit 2020 wieder die Meisterpflicht gilt.

AUF TWITTER



#ENERGIEWENDE

Im Oktober wurde bekannt, dass die EEG-Umlage 2022 auf den tiefsten Stand seit zehn Jahren sinken wird.

AUF LINKEDIN

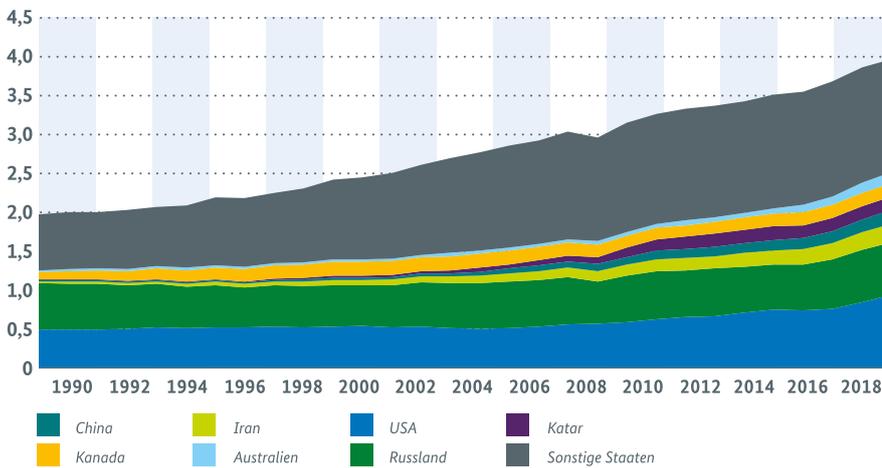


#WASSERSTOFF

Mit dem geförderten Aufbau von Erzeugungsanlagen erhält die Schlüsseltechnologie Wasserstoff weiteren Auftrieb.

WELTWEITE GASFÖRDERUNG

Billionen m³



Quelle: Zitiert nach SVR, Jahresgutachten 2021/22, www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2021.

dass ambitionierte Staaten gemeinsam voranschreiten. Dabei könne zugleich Carbon Leakage verhindert werden, also die Verlagerung von Emissionen in Länder mit schwächeren Klimaschutzstandards durch eine Verlagerung der Produktion emissionsintensiver Güter. Auch Investitionsschutzabkommen und Handelsabkommen könnten nach Auffassung des SVR wichtige Elemente einer globalen Klimapolitik werden. Der SVR fordert, dass Deutschland und Europa sich verstärkt dafür einsetzen sollten, dass klimaschädliche Subventionen, die den Handel verzerren und klimafreundliche Innovationen verhindern, überall abgebaut werden.

Fortschritte bei der internationalen Kooperation könnten aus Sicht des SVR zudem durch einen Lastenausgleich zwischen Ländern, etwa durch Transfers an Entwicklungs- und Schwellenländer, Technologiekooperationen sowie den Aufbau klimafreundlicher Wertschöpfungsketten erreicht werden.

Die bilateralen Energiepartnerschaften betrachtet der SVR als ein wichtiges Instrument zur Förderung des internationalen Klimaschutzes und zur Sicherung der Energieversorgung in Europa. —

MEHR ZUM THEMA

Das Jahresgutachten ist abrufbar unter: www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2021

Die Bundesregierung nimmt im Jahreswirtschaftsbericht zum Jahresgutachten Stellung. Dieser wird im Januar 2022 vorgelegt.

KONTAKT

DR. KATJA FUDER

Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

schlaglichter@bmwi.bund.de



TERMINE

12 DEZEMBER 2021

14.12.2021

Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage“

16./17.12.2021

Europäischer Rat

1 JANUAR 2022

06.01.2022

Auftragseingang im Verarbeitenden
Gewerbe (November 2021)

07.01.2022

Produktion im Produzierenden
Gewerbe (November 2021)

14.01.2022

Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage“

2 FEBRUAR 2022

04.02.2022

Auftragseingang im Verarbeitenden
Gewerbe (Dezember 2021)

07.02.2022

Produktion im Produzierenden
Gewerbe (Dezember 2021)

17./18.02.2022

Internationales Gipfeltreffen

14.02.2022

Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage“



DIE „SCHLAGLICHTER“ ALS ABONNEMENT

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch als elektronischer Newsletter verfügbar. Für ein Abonnement können Sie sich unter folgender Adresse registrieren:

www.bmwi.de/abo-service

Darüber hinaus stehen die Ausgaben des Monatsberichts sowie einzelne Beiträge aus älteren Ausgaben auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie unter folgender Adresse zur Verfügung:

www.bmwi.de/schlaglichter

Haben Sie Fragen oder Anregungen zu den „Schlaglichtern“ beziehungsweise einzelnen Artikeln? Dann wenden Sie sich gern an:

schlaglichter@bmwi.bund.de



KONJUNKTUR

<i>DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IM NOVEMBER 2021</i>	<i>38</i>
<i>BIP-NOWCAST FÜR DAS 4. QUARTAL 2021</i>	
<i>UND DAS 1. QUARTAL 2022</i>	<i>46</i>
<i>DIE LAGE DER WELTWIRTSCHAFT IM NOVEMBER</i>	<i>48</i>

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEUTSCHLAND IM NOVEMBER 2021

IN KÜRZE

DIE BESTEHENDEN LIEFERENGPÄSSE BEI VORPRODUKTEN UND ROHSTOFFEN HABEN SICH WEITER VERFESTIGT.¹

Sie beschränken die deutsche Industrie. Der industrielle Ausstoß ging im September weiter zurück. Trotz des hohen Auftragsbestands dürfte die Industriekonjunktur bis in das kommende Jahr hinein gedämpft verlaufen. Die Unternehmen in den Dienstleistungsbereichen hingegen profitierten von den vorgenommenen Lockerungen und beurteilten ihre Lage erneut besser. Angesichts des aktuellen Pandemiegeschehens haben die Risiken aber wieder zugenommen. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung im Schlussquartal des Jahres nur noch geringfügig zunehmen.

DIE PRODUKTION IN DER INDUSTRIE NAHM IM SEPTEMBER WEITER AB. Die Automobilindustrie konnte ihren Ausstoß zwar wieder steigern, aber die Bereiche Maschinenbau, elektrische Ausrüstungen, Datenverarbeitungsgeräte und Metallerzeugnisse meldeten Rückgänge. Der Ausblick für die Industriekonjunktur hat sich trotz hoher Nachfrage eingetrübt.

DIE UMSÄTZE IM EINZELHANDEL VERRINGERTEN SICH IM SEPTEMBER WIEDER, ÜBERTRAFEN IHR VORKRISENNIVEAU VOM FEBRUAR 2020 ALLERDINGS WEITERHIN.

DIE INFLATIONSRATE LAG IM OKTOBER MIT 4,5 % AUF EINEM HOHEN NIVEAU. Schon seit Jahresbeginn ist die Inflationsrate aufgrund von Sonderfaktoren deutlich erhöht und zur Jahresmitte hat sie sich wegen eines Basiseffekts durch die vorübergehende Senkung der Umsatzsteuersätze erwartungsgemäß sprunghaft erhöht. Zu Beginn des nächsten Jahres nach Auslaufen der Sondereffekte dürfte sich der Auftrieb der Verbraucherpreise wieder deutlich abschwächen.

AUF DEM ARBEITSMARKT SETZTE SICH DIE ERHOLUNG MIT GEMÄSSIGTEM TEMPO FORT. Erneut hat sich die Arbeitslosigkeit im Oktober saisonbereinigt reduziert, die Erwerbstätigkeit nahm im September weiter zu. Die Kurzarbeit sank im August auf 0,8 Mio. Personen und dürfte im September weiter fallen.

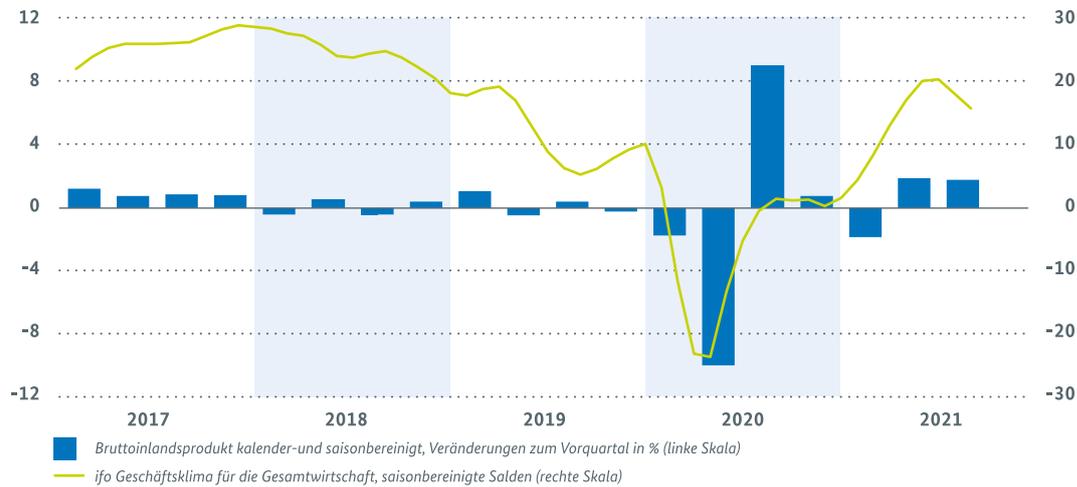
2021 DÜRFTE DIE ZAHL DER UNTERNEHMENSINSOLVENZEN NIEDRIGER AUSFALLEN ALS IM VORJAHR UND DAMIT EIN NEUES REKORDTIEF ERREICHEN. Von Januar bis August gab es 9.637 Unternehmensinsolvenzen – 16 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Auch im Herbst deutet sich kein Anstieg an. Große Nachholeffekte sind auch im kommenden Jahr nicht zu erwarten.

DIE WIRTSCHAFTLICHE ERHOLUNG SETZT SICH FORT, ABER DAS AKTUELLE PANDEMIEGESCHEHEN ERHÖHT DIE RISIKEN.

Die deutsche Wirtschaft ist weiter auf Wachstumskurs. Die Wirtschaftsleistung legte im dritten Quartal um 1,8% zu, nach einem Plus von 1,9% im zweiten Vierteljahr. Die Industriekonjunktur wird allerdings noch auf absehbare Zeit von den bestehenden Engpässen bei Vorprodukten gebremst werden. Dies gilt insbesondere für die gewichtige Automobilindustrie, die unter einem Mangel an Halbleitern leidet. Trotz einer weiterhin hohen weltweiten Nachfrage nach deutschen Waren ist das Verarbeitende Gewerbe somit nicht in der Lage, den Ausstoß in stärkerem Ausmaß hochzufahren. Zuletzt ist die Produktion in der Industrie nochmals zurückgegangen. Dafür haben sich jedoch die Binnenkonjunktur und maßgeblich die Dienstleistungsbereiche wieder deutlich erholt. Auch wenn sich hier der Ausblick aufgrund des aktuellen Pandemiegeschehens etwas eingetrübt hat, sollte die Dienstleistungskonjunktur im weiteren Verlauf des Jahres die Schwäche im Industriebereich ausgleichen können. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal des Jahres jedoch nur noch geringfügig zulegen.

¹ In diesem Bericht werden Daten genutzt, die bis zum 15. November 2021 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

BRUTTOINLANDSPRODUKT UND ifo GESCHÄFTSKLIMA



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK), ifo Institut

Im nächsten Jahr, wenn die Lieferengpässe in der Industrie allmählich überwunden werden, wird es zu einer deutlichen Beschleunigung der wirtschaftlichen Erholung kommen. Die Inflationsrate hat bis zuletzt weiter angezogen. Die Knappheiten bei Rohstoffen und Vorprodukten machen sich auch hier zunehmend bemerkbar. Im nächsten Jahr, wenn maßgebliche Sonderfaktoren wie die temporäre Senkung der Umsatzsteuersätze im zweiten Halbjahr 2020, der starke Anstieg der Weltmarktpreise für Rohstoffe sowie die Verteuerung von Energie im Rahmen des Klimapakets wieder aus dem Vorjahresvergleich herausfallen, dürfte sich die Inflationsrate merklich verringern. Diese Einschätzung wird von der großen Mehrheit der Wirtschaftsexperten geteilt, wie das derzeitige Prognosespektrum belegt. Auf dem Arbeitsmarkt setzte sich die Erholung weiter fort, wenngleich mit verminderter Dynamik. Die Erwerbstätigkeit entwickelte sich weiter positiv und die Arbeitslosigkeit verringerte sich erneut spürbar. Die Kurzarbeit wurde weiter zurückgefahren, allerdings haben sich die Anzeigen im Verarbeitenden Gewerbe aufgrund der Lieferengpässe wieder erhöht. Die Frühindikatoren sprechen

**EINKAUFSMANAGERINDEX WELT
 J.P.MORGAN/ IHS MARKIT**



Quellen: J.P. Morgan/ IHS Markit, Macrobond

dafür, dass der Aufschwung am Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten mit vermindertem Schwung anhält.

WELTWIRTSCHAFT WEITERHIN GEDÄMPFT

Nach einem schwachen Verlauf im zweiten Quartal entwickelten sich die globale Industrieproduktion und der globale Warenhandel in der Mitte des dritten Quartals kraftlos: Der weltweite Ausstoß ging im August gegenüber dem Vormonat um 0,4 % zurück (Juli: ±0,0%), was auf einen anhaltenden Mangel an wichtigen Vorleistungsgütern wie →

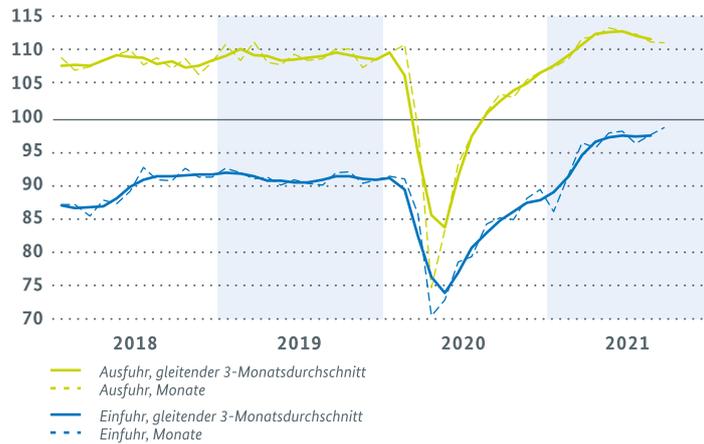
Halbleiter zurückzuführen sein dürfte. Der Welt-handel legte wieder um 0,8 % zu, nachdem er im Juli um 1,4 % zurückgegangen war. Die konjunkturelle Abschwächung ging vor allem von Entwicklungs- und Schwellenländern aus, wo aufgrund eines geringen Impffortschritts Maßnahmen zum Infektionsschutz ergriffen wurden. Der Einkaufsmanagerindex von J. P. Morgan/IHS Markit für den globalen Dienstleistungssektor hellte sich im Oktober gleichwohl um 1,8 Punkte auf 55,6 Punkte auf. In der Industrie legte der Stimmungsindikator indes nur leicht um 0,2 Punkte auf 54,3 Punkte zu. Damit erhöhte sich der zusammengesetzte Index erneut (+1,2 Punkte auf 54,5 Punkte) und rangierte merklich oberhalb der Wachstumsschwelle von 50 Punkten.

EXPORTE UND IMPORTE LEGEN ZU

Der Wert der Waren- und Dienstleistungsexporte nahm im September gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen leicht um 0,4 % zu (August: -1,8 %). Im Quartalsvergleich ergab sich eine Zunahme um 1,1 %. Angesichts stärker steigender Ausfuhrpreise dürften sich die Exporte real allerdings verringert haben. Die Waren- und Dienstleistungsimporte stiegen im September im Vormonatsvergleich nominal und saisonbereinigt um 1,3 % und damit ähnlich stark wie im August (+1,4 %). Im Quartalsvergleich kam es zu einem Plus von 4,2 %. Aufgrund stark steigender Einfuhrpreise könnten die Importe real jedoch leicht zurückgegangen sein.

WARENHANDEL

(in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik Deutsche Bundesbank (BBK)

AUSSENHANDEL*

	2.Q.	3.Q.	Jul.	Aug.	Sept.
WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegenüber Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
AUSFUHR	3,5	1,1	2,0	-1,8	0,4
EINFUHR	6,4	4,2	0,7	1,4	1,3
AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegenüber Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
AUSFUHR	34,7	11,0	12,0	14,5	7,1
Eurozone	39,4	14,0	16,8	17,0	9,2
EU-Nicht-Eurozone	43,3	13,6	18,6	13,4	9,4
Drittländer	28,2	7,8	6,4	13,1	4,7
EINFUHR	31,1	15,5	16,9	17,0	12,9
Eurozone	33,4	16,2	22,9	14,1	11,9
EU-Nicht-Eurozone	38,1	7,2	11,2	6,3	4,5
Drittländer	27,0	18,2	14,4	23,3	17,1

* Angaben in jeweiligen Preisen

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

Die Frühindikatoren zur deutschen Außenwirtschaft zeichnen ein uneinheitliches Bild. Die Auftragseingänge aus dem Ausland erhöhten sich im September um 6,3 % gegenüber dem Vormonat. Diesem Plus war allerdings ein Rückgang von 9,2 % vorausgegangen. Im weniger volatilen Quartalsvergleich ergibt sich eine Steigerung der Auslandorders insgesamt um 4,1 %. Bei der Entwicklung in den letzten Monaten dürften überdurchschnittlich umfangreiche Großaufträge eine Rolle gespielt haben. Die ifo Exporterwartungen für das Verarbeitende Gewerbe haben im Oktober einen deutlichen Dämpfer erhalten, nachdem sie sich im Vormonat etwas erholt hatten. Die Lieferprobleme bei Vorprodukten wirken sich nun auch auf die Industrieexporte aus. Trotzdem bleibt der Ausblick für den deutschen Außenhandel grundsätzlich positiv. Die weltweite Nachfrage nach deutschen Gütern ist auf einem hohen Niveau.

LIEFERENGPÄSSE TRÜBEN AUSSICHT FÜR INDUSTRIEKONJUNKTUR

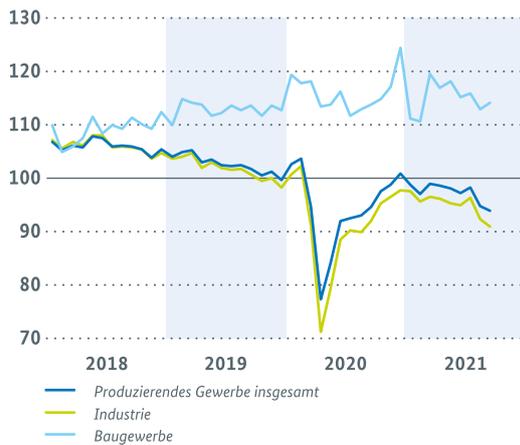
Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich im September gegenüber dem Vormonat um 1,1 % verringert. Die Herstellung der Industrie nahm dabei um 1,5 % ab, während das Baugewerbe seinen Ausstoß um 1,1 % steigern konnte. Im Quartalsvergleich kam es im dritten Vierteljahr gegenüber dem zweiten zu einem Produktionsrückgang im Produzierenden Gewerbe um insgesamt 2,4 %. Die Herstellung der Industrie ist um 2,4 % gesunken und die des Baugewerbes um 2,1 %.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe nahmen im September gegenüber dem Vormonat um 1,3 % zu, nachdem allerdings im August ein Minus von 8,8 % verzeichnet worden war. Damit haben die Ordereingänge ihren seit Beginn des Jahres zu beobachtenden Aufwärtstrend zuletzt wieder moderat fortgesetzt. Im dritten Quartal ergab sich gegenüber dem zweiten Vierteljahr ein Auftragsplus in Höhe von 1,0 %. Ohne Berücksichtigung von Großaufträgen gingen die Ordereingänge allerdings deutlich um 3,6 % zurück. Ausschlaggebend für das leichte Auftragsplus im September war eine starke Nachfrage aus dem außereuropäischen Raum (+14,9 %). Die Bestellungen aus dem Inland und aus dem Euroraum verringerten sich indes um 5,9 % bzw. 7,3 %. Starke Nachfrageimpulse kamen dabei von den beiden gewichtigen Bereichen Automobilindustrie und Maschinenbau, während die Bereiche sonstiger Fahrzeugbau, Chemie sowie EDV und Optik das Nachfragewachstum spürbar nach unten drückten. Im dritten Vierteljahr lagen die Bestellungen im Verarbeitenden Gewerbe auf hohem Niveau und übertrafen ihr Vorkrisenniveau vom vierten Quartal 2019 um gut 13 %.

Nachdem die Industrieproduktion im August deutlich rückläufig gewesen war (-4,3 %), nahm sie im September weiter um 1,5 % ab. Die seit geraumer Zeit anhaltenden Lieferengpässe bei Halbleitern und Vorprodukten sowie Rohstoffen schlagen sich nun auf breiter Front nieder. Die gewichtige Automobilindustrie konnte zwar ihren Ausstoß im September wieder leicht steigern, im August hatte sie aber ein Minus von 18,9 % verzeichnet. →

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

INDUSTRIE

VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORZEITRAUM IN %
(Volumen, saisonbereinigt)

	2.Q.	3.Q.	Jul.	Aug.	Sep.
PRODUKTION					
Insgesamt	-1,1	-2,4	1,5	-4,3	-1,5
Vorleistungsgüter	1,1	-3,0	-0,8	-2,5	-1,1
Investitionsgüter	-4,0	-4,3	3,8	-6,7	-2,8
Konsumgüter	1,2	3,2	1,2	-2,4	0,2
UMSÄTZE					
Insgesamt	-1,7	-3,1	1,9	-5,8	-0,3
Inland	-0,9	-2,4	1,9	-5,0	-0,9
Ausland	-2,6	-3,7	1,7	-6,4	0,1
AUFTRAGSEINGÄNGE					
Insgesamt	3,3	1,0	4,9	-8,8	1,3
Inland	6,1	-3,4	-2,2	-8,3	-5,9
Ausland	1,6	4,1	10,4	-9,2	6,3
Vorleistungsgüter	0,5	-2,6	-0,4	-1,9	-2,0
Investitionsgüter	5,2	3,4	8,0	-12,8	3,9
Konsumgüter	3,8	-0,3	7,1	-8,4	-1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

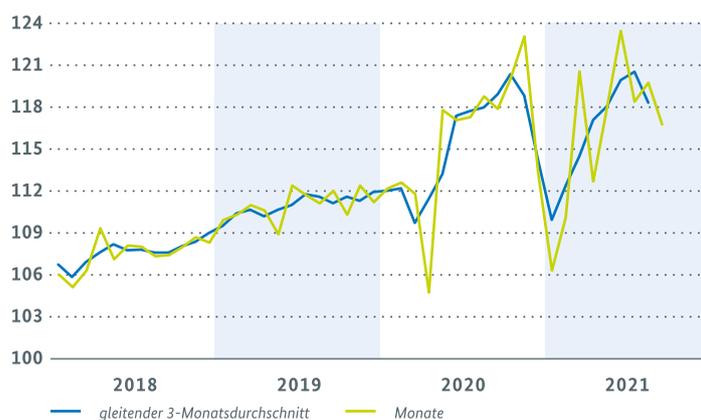
Andere Sektoren meldeten Rückgänge, wie der ebenfalls gewichtige Maschinenbau (-3,3%) oder die Bereiche elektrische Ausrüstungen (-3,3%), Datenverarbeitung (-4,3%) und Metallerzeugnisse (-0,5%). Die Stimmung in den Unternehmen trübte sich im Oktober zum vierten Mal in Folge ein, im ersten Halbjahr war sie aber fast durchweg gestiegen. Die Exporterwartungen der Industrie erhielten im Oktober angesichts der Lieferprobleme bei Vorleistungen einen deutlichen Dämpfer. Bis zur nachhaltigen Auflösung der Knappheiten bei Rohstoffen und Vorprodukten bleibt der weitere Ausblick für die Industriekonjunktur eingetrübt, obwohl die Nachfrage auf sehr hohem Niveau verharret.

EINZELHANDELSUMSATZ WIEDER RÜCKLÄUFIG

Im Einzelhandel ohne Kfz verringerten sich die Umsätze im September um 2,5%, nachdem sie im August leicht um 1,2% gestiegen waren. Steigende Preise und Unsicherheit über das Infektionsgeschehen könnten Konsumenten und Händler wieder etwas verunsichert haben. Der Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren meldete für den September ein Umsatzminus von 9,6% und lag damit deutlich unter dem Vorkrisenniveau vom Februar 2020 (-7,8%). Auch der Internet- und Versandhandel verzeichnete einen Umsatzrückgang von 2,0%, übertraf das Vorkrisenniveau aber weiterhin kräftig (+27,2%). Bei den Neuzulassungen von Pkw durch private Halter kam es im Oktober zu

EINZELHANDELSUMSATZ OHNE HANDEL MIT KFZ

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

einem spürbaren Rückgang von 3,4%, nachdem in den fünf Monaten zuvor Zuwächse verzeichnet worden waren.

Die Frühindikatoren von ifo und GfK zum weiteren Verlauf des privaten Verbrauchs sendeten zuletzt uneinheitliche Signale. Die ifo Geschäftserwartungen im Einzelhandel fielen im Oktober per saldo noch einmal etwas negativer aus und haben sich damit den vierten Monat in Folge verschlechtert.

Das GfK Konsumklima hat sich hingegen im Oktober spürbar verbessert und lag wieder im positiven Bereich. Für November wird ein weiterer Anstieg erwartet, da die Sparneigung der Konsumenten zurückgehe.

Das Verbraucherpreisniveau hat sich im Oktober gegenüber dem Vormonat um 0,5 % erhöht (August und September: jeweils ±0,0 %). Die Inflationsrate, die Preisniveauentwicklung gegenüber dem Vorjahr, nahm im Oktober um 0,4 Prozentpunkte auf 4,5 % zu. Das war der höchste Wert seit August 1993. Die Inflationsrate hatte erwartungsgemäß im Juli dieses Jahres einen sprunghaften Anstieg um 1,5 Prozentpunkte verzeichnet. Ausschlaggebend für das erhöhte Niveau ab der Jahresmitte ist ein Basiseffekt aufgrund der temporären Senkung der Umsatzsteuersätze ein Jahr zuvor. Hier wirkt sich der Vergleich der aktuellen Verbraucherpreise (mit „normalen“ Umsatzsteuersätzen) mit den Preisen aus dem Vorjahr (mit verminderten Umsatzsteuersätzen) verzerrend aus. Bereits zu Jahresbeginn hatten weitere Sonderfaktoren wie die Erholung der Import- und Rohstoffpreise sowie die Einführung der CO₂-Bepreisung für einen deutlichen Anstieg der Inflationsrate gesorgt. Nach Auslaufen der Sondereffekte dürfte sich der Auftrieb zum Jahreswechsel wieder deutlich abschwächen. Des Weiteren wirkt

der Mangel an Vorleistungsgütern wie Halbleiter preistreibend. Hier ist erst im Jahresverlauf 2022 mit einer allmählichen Entspannung zu rechnen. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) lag im Oktober unverändert bei +2,9%. Energie verteuerte sich zuletzt binnen Jahresfrist beachtlich um 18,6% (September: +14,3%). Aktuell lassen die Entwicklungen an den Rohstoffmärkten aber eine mittelfristige Entspannung beim Ölpreis erwarten. Bei Nahrungsmitteln betrug die Jahresrate zuletzt 4,4% (September: 4,9%).

AUFSCHWUNG AM ARBEITSMARKT MIT GERINGEREM TEMPO

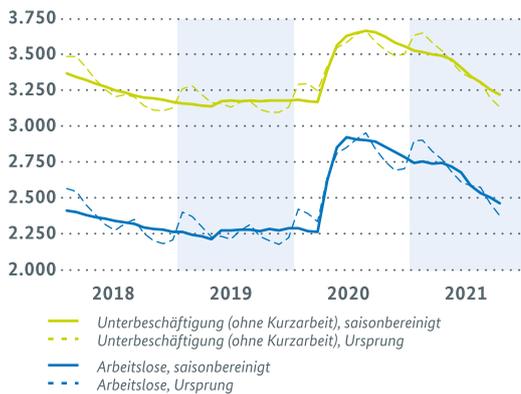
Die Herbstbelebung auf dem Arbeitsmarkt setzte sich fort, verlief aber gemäßiger als in den Monaten zuvor. Im weiteren Jahresverlauf dürfte der Aufschwung mit vermindertem Schwung anhalten. Aufgrund der Lockerungen in vielen Dienstleistungsbereichen verringerten sich Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung im Oktober saisonbereinigt erneut um jeweils 39.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen sank die Arbeitslosigkeit kräftig um 88.000 auf 2,38 Mio. Personen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren damit 383.000 weniger arbeitslos gemeldet. Auch die Erwerbstätigkeit →

VERBRAUCHERPREISINDEX

Veränderung in %	ggü. Vormonat		ggü. Vorjahresmonat	
	Sep.	Okt.	Sep.	Okt.
Insgesamt	0,0	0,5	4,1	4,5
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	-0,1	0,1	2,9	2,9
Nahrungsmittel	0,0	-0,1	4,9	4,4
Wohnung, Betriebskosten	0,3	0,8	2,9	3,7
Verkehr	-0,2	2,0	10,8	12,9
Energie	0,7	4,0	14,3	18,6
Haushaltsenergie	0,8	3,1	7,5	10,8
Strom	0,2	0,4	2,0	2,5
Gas	0,5	1,6	5,7	7,4
Heizöl	4,4	17,5	76,5	101,1
Kraftstoffe	1,1	7,7	34,8	43,9
Dienstleistungen	-0,5	-0,1	2,5	2,4
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,1	0,5	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBK)

und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entwickelten sich abermals positiv. Die Erwerbstätigkeit erhöhte sich im September saisonbereinigt um 31.000 Personen. In Ursprungszahlen waren damit 45,2 Millionen Menschen erwerbstätig, 267.000 mehr als im Vorjahresmonat. Im August erhöhte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 33.000 Personen gegenüber dem Vormonat. Die Kurzarbeit verringerte sich laut Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit im August auf 0,8 Millionen Personen. Die Zahl der Kurzarbeitenden dürfte im September weiter fallen, im Verarbeitenden Gewerbe steigen die Anzeigen allerdings aufgrund der Lieferengpässe wieder an. Die Nachfrage nach Arbeitskräften nahm weiter zu. Die Frühindikatoren von ifo und IAB entwickelten sich im Oktober etwas schwächer. Das ifo Beschäftigungsbarometer hat einen leichten Dämpfer erhalten. Das IAB-Arbeitsmarktbarometer signalisiert einen positiven Beschäftigungsausblick und weitere Rückgänge der Arbeitslosigkeit, die allerdings unter den Höchstwerten vom Sommer liegen. In den kommenden Monaten dürfte sich der Aufschwung am Arbeitsmarkt daher mit verminderter Dynamik fortsetzen.

ARBEITSMARKT

Arbeitslose (SGB II und III)

	2.Q.	3.Q.	Aug.	Sep.	Okt.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,691	2,545	2,578	2,465	2,377
ggü. Vorjahr in 1.000	-79	-360	-377	-382	-383
ggü. Vorperiode in 1.000*	-33	-173	-54	-31	-39
Arbeitslosenquote	5,9	5,5	5,6	5,4	5,2

ERWERBSTÄTIGE (Inland)

	2.Q.	3.Q.	Jul.	Aug.	Sep.
in Mio. (Ursprungszahlen)	44,7	45,1	44,9	45,0	45,2
ggü. Vorjahr in 1.000	22	267	259	275	267
ggü. Vorperiode in 1.000*	92	169	61	41	31

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE

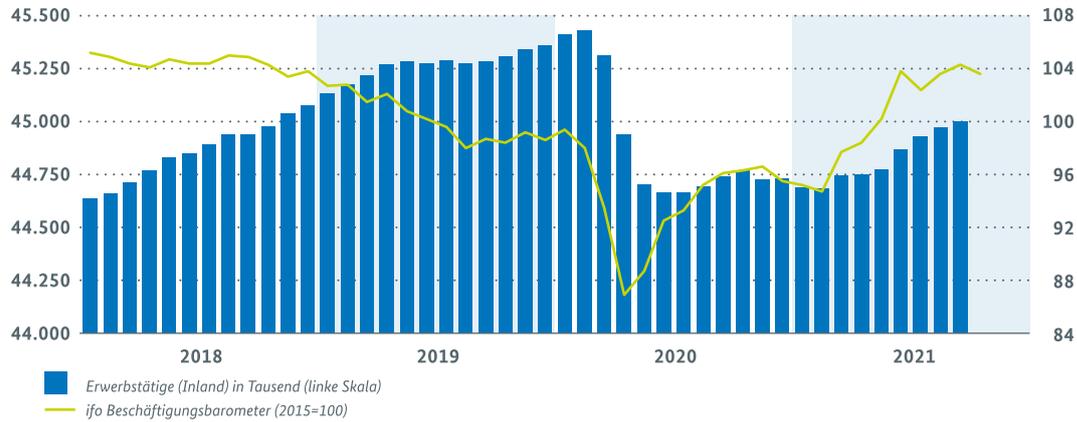
	1.Q.	2.Q.	Jun.	Jul.	Aug.
in Mio. (Ursprungszahlen)	33,6	33,7	33,8	33,7	34,0
ggü. Vorjahr in 1.000	-69	382	472	488	490
ggü. Vorperiode in 1.000*	98	100	80	35	33

*kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

ifo BESCHÄFTIGUNGSBAROMETER UND ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

WENIGER INSOLVENZEN ALS IM VORJAHR

Von Januar bis August verzeichneten die Amtsgerichte 9.637 Unternehmensinsolvenzen. Das sind noch einmal knapp 16% weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Regelinsolvenzen, die im September um 6% anstieg und im Oktober deutlich um 29% fiel, sowie der Insolvenztrend des IW Halle deuten ebenfalls keinen Anstieg der Insolvenzzahlen im Herbst an. Für das Gesamtjahr 2021 dürfte die Zahl der Unternehmensinsolvenzen damit noch einmal unter dem Wert des Vorjahres liegen und ein neues Allzeittief erreichen. Große Nachholeffekte sind auch im kommenden Jahr nicht zu erwarten. Im Gegensatz zu früheren Wirtschaftskrisen konnte ein Anstieg der Insolvenzzahlen verhindert werden. —

BIP-NOWCAST FÜR DAS 4. QUARTAL 2021 UND DAS 1. QUARTAL 2022

IN KÜRZE

DER NOWCAST FÜR DIE SAISON- UND KALENDERBEREINIGTE VERÄNDERUNGSRATE DES BIP BETRÄGT $-0,3\%$ FÜR DAS VIERTE QUARTAL 2021 UND $+0,6\%$ FÜR DAS ERSTE QUARTAL 2022 (STAND 10. NOVEMBER).¹

Das Prognosemodell liefert als Nowcast für das vierte Quartal 2021 gegenüber dem Vorquartal einen saison- und kalenderbereinigten BIP-Rückgang von preisbereinigt $0,3\%$. Für das erste Quartal 2022 ermittelt das Modell eine Steigerung der Wirtschaftsleistung um $0,6\%$. Der Nowcast ist eine täglich aktualisierte, rein technische Prognose, bei der es sich weder um die Schätzung des BMWi noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung handelt. Die amtlichen Ergebnisse für das vierte Quartal 2021 bzw. erste Quartal 2022 werden vom Statistischen Bundesamt Ende Januar bzw. Ende April 2022 veröffentlicht.

Die Entwicklung des Nowcast im Zeitverlauf wird durch die Abbildung veranschaulicht. Nach erstmaliger Ermittlung Anfang Juli lag der Prognosewert für das vierte Quartal 2021 bei $1,3\%$. Seither folgt er einem abwärts geneigten Trend. Zwar wurde das Modell kurz nach erstmaliger Schätzung von der Entwicklung der Auftragseingänge und der Umsätze in der Industrie im Berichtsmonat Mai positiv überrascht, was zwischenzeitlich zu einem Nowcast von $1,4\%$ führte. Bis Ende August ist der Schätzwert jedoch auf $1,0\%$ gefallen. Gute Nachrichten zur Konjunktur im Euroraum sorgten Anfang September noch einmal für eine kurzlebige Aufwärtskorrektur auf $1,2\%$. Danach wurde das Modell aber wiederholt enttäuscht, vor allem von gedämpften Stimmungskennzeichen. Anfang Oktober rutschte der Nowcast aufgrund des Einbruchs der Indikatoren zur Industriekonjunktur für den Berichtsmonat August erstmalig auf die Nulllinie ab. Nach kurzem Auftrieb auf

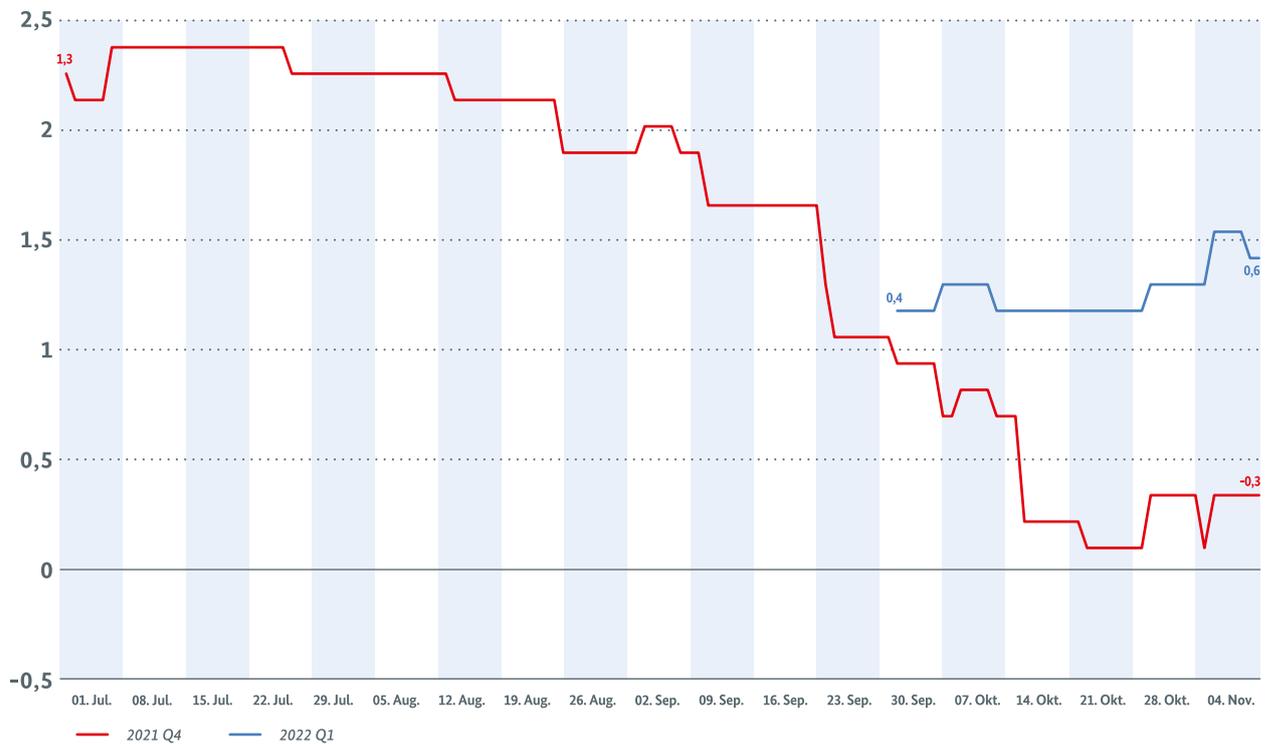
$+0,1\%$ – unter anderem aufgrund der Nachricht zum Außenhandel für den Berichtsmonat August – rutschte der Wert bei weiterhin gedrückten Umfrageergebnissen in den negativen Bereich. Seit Ende Oktober sorgen hier widersprüchliche Nachrichten wie das kräftige BIP-Wachstum im Vorquartal und die gedrosselte Pkw-Produktion für ein Auf und Ab. Aktuell liegt der Nowcast für das Schlussquartal 2021 bei $-0,3\%$.

Der Nowcast für das erste Quartal 2022 startete nach erster Ermittlung Anfang Oktober bei $0,4\%$. Bis Mitte Oktober verursachten unter anderem positive Nachrichten zur europäischen Konjunktur eine Anhebung auf $0,5\%$, die jedoch aufgrund ernüchternder Stimmungskennzeichen kurz darauf wieder zurückgenommen wurde. Eine Verbesserung erfuhr der Nowcast wieder Anfang November, als die Meldungen zum BIP-Wachstum im dritten Quartal 2021 und zum moderateren Rückgang der Industrieproduktion im Berichtsmonat September für eine Anhebung auf $0,7\%$ sorgten. Zuletzt belief sich der Prognosewert auf $0,6\%$, nachdem der Außenhandel für den Berichtsmonat September verhalten ausfiel.

Die aktuellen Prognosewerte für das vierte Quartal 2021 und das erste Quartal 2022 erscheinen aus fachlicher Sicht sehr niedrig. Aufgrund der Ausnahmesituation, in der sich die deutsche Konjunktur befindet, haben es empirische Modelle derzeit schwer, den Zusammenhang zwischen Indikatoren und der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung adäquat abzubilden. Deshalb ist es unabdingbar, rein modellgestützte Prognosen mit Experteneinschätzungen zu kombinieren.

¹ Für nähere Erläuterungen zur Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juli 2019, Seite 12 – 15, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020) „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323

ENTWICKLUNG DES BIP-NOWCAST FÜR DAS VIERTE QUARTAL 2021 UND DAS ERSTE QUARTAL 2022 IN %



Quelle: Now-Casting Economics Ltd.

Dennoch zeigt der Verlauf des Nowcast für das vierte Quartal 2021 sehr anschaulich die Serie negativer Konjunkturindikatoren seit dem Sommer.

Zu starken Aufholeffekten kam es bereits im zweiten und dritten Quartal in einigen besonders von den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie betroffenen Branchen. Auch im vierten Quartal wird gemäß der Herbstprojektion der Bundesregierung mit einem moderaten BIP-Wachstum gerechnet. Der weitere Konjunkturverlauf hängt stark vom Infektionsgeschehen ab. Daneben ist von entscheidender Bedeutung, in welchem Tempo die derzeitigen Engpässe bei Rohstoffen und wichtigen Vorleistungsgütern aufgelöst werden können. Diese Sachverhalte können derzeit weder vom ökonomischen Modell des Nowcast noch von Konjunkturexperten exakt vorhergesehen werden.

tigen Engpässe bei Rohstoffen und wichtigen Vorleistungsgütern aufgelöst werden können. Diese Sachverhalte können derzeit weder vom ökonomischen Modell des Nowcast noch von Konjunkturexperten exakt vorhergesehen werden.

DAS MODELL

Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWi noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.

DIE LAGE DER WELTWIRTSCHAFT IM NOVEMBER

Die Weltwirtschaft befindet sich weiter auf dem Erholungspfad. Die wirtschaftliche Dynamik hat im dritten Quartal jedoch etwas nachgelassen; das globale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 0,8% gegenüber dem Vorquartal zugenommen haben. Im zweiten Quartal lag die geschätzte Zunahme noch bei 1,4%. Zu Beginn des Sommers wurde die Ausbreitung der Delta-Variante des Corona-Virus beobachtet, was zu einem neuerlichen Anstieg der Infektionszahlen führte. In China wurde daraufhin bei lokalen Ausbrüchen mit umfangreichen Quarantänemaßnahmen reagiert, welche u. a. den globalen Seehandel weiter beeinträchtigten.

Diese Störungen in der Logistik verschlimmern die globalen Engpässe, die aufgrund der weltweit gleichzeitigen wirtschaftlichen Erholung im Zuge von Lockerungen der Corona-Maßnahmen ohnehin für eine große Zahl an Industrieprodukten verzeichnet werden. Insbesondere der Mangel an Vorprodukten lähmt die globale Erholung der Industriekonjunktur. Nach Zahlen von Markit Economics hat sich die Wartezeit für industrielle Vorleistungen im Oktober weiter verlängert. Derzeit werden die längsten Verzögerungen seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1998 gemeldet. Die globale Industrieproduktion dürfte nach vorläufigen Zahlen des niederländischen Bureau for Economic Policy Analysis (CPB) im dritten Quartal um etwa 0,5% gegenüber dem zweiten Quartal gesunken sein. Die gestörte Industrieproduktion trifft auf eine ungebrochen hohe Nachfrage nach Industrieprodukten. In der Folge sind hohe Preisanstiege insbesondere bei Vorleistungsgütern zu beobachten.

Betrachtet man die regionalen Ergebnisse für das BIP-Wachstum im dritten Quartal, so sind unter den großen Volkswirtschaften insbesondere für Italien mit +3,0% und Frankreich mit +2,5% sehr

kräftige Zuwächse zu verzeichnen. Die kräftigen Steigerungen erklären sich dadurch, dass gerade diese beiden Länder die tiefsten wirtschaftlichen Einbrüche während der letzten Hochphase der Pandemie zu verzeichnen hatten. Frankreich und Italien profitieren daher besonders von der Eindämmung der Corona-Pandemie und der Wiedereröffnung zahlreicher Dienstleistungsbranchen. In den Vereinigten Staaten (+0,5%) und China (+0,2%) hat sich das Wachstum im dritten Quartal hingegen deutlich abgekühlt. In Deutschland hat das BIP im dritten Quartal um 1,8% zugenommen. Dies liegt etwas unter dem Ergebnis der EU-27 mit +2,1%.

Im vierten Quartal dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft wieder beschleunigen. Der globale Einkaufsmanagerindex von Markit konnte sich im Oktober sowohl bei den Dienstleistern wie auch in der Industrie gegenüber dem Vormonat steigern. Auch die Umsatzschätzung der Analysten für die Unternehmen im MSCI-World haben sich zuletzt erhöht. Aktuelle Prognosen gehen für das vierte Quartal von einem Wachstum der Weltwirtschaft von rund 1% aus.

BIP WACHSTUM IM ZWEITEN UND DRITTEN QUARTAL

in % ggü. Vorquartal



Quellen: Nationale Statistikämter, Oxford Economics

Für das Gesamtjahr 2021 erwartet der Konsens der bei Bloomberg gesammelten Prognosen ein Wachstum der Weltwirtschaft von 5,9 %. Im kommenden Jahr wird ein Wachstum von 4,5 % prognostiziert. Die Erwartungen der Analytinnen und Analysten haben sich angesichts der Engpässe bei industriellen Vorprodukten zuletzt etwas abgeschwächt (siehe Grafik rechts). Der IWF erwartete in seiner Prognose von Mitte Oktober ebenfalls ein Wachstum der Weltwirtschaft von 5,9 % im Jahr 2021. Für das kommende Jahr ging der IWF mit 4,9 % von einer etwas höheren Zunahme des BIP als der Konsens der Analysten aus.

Die Entwicklung des Welthandels kann von der Entwicklung des globalen BIP teils deutlich abweichen. Dies geschieht insbesondere dann, wenn der Wachstumsschwerpunkt mehr auf Dienstleistungen und weniger auf der Industrie liegt. Für eine Exportnation wie Deutschland ist die Entwicklung des Welthandels von hoher Bedeutung.

WELTHANDEL

Der Welthandel, gemessen an den globalen realen Güterimporten, ist im Juli und August leicht gesunken. Für das dritte Quartal deutet sich daher, ähnlich wie bei der globalen Industrieproduktion, ein leichter Rückgang an. Der RWI-Containerumschlag-Index, welcher den globalen Umschlag an Schiffcontainers misst, hat sich in den Monaten Juli bis September hingegen kontinuierlich erhöht. Demnach ist, trotz verbreiteter Logistikprobleme, der gesamte Umschlag um 2,5 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen.

Für das vierte Quartal ist dennoch allenfalls ein leichter Anstieg des Welthandels zu erwarten. Die in Umfragen ermittelten Exportauftragseingänge der global wichtigsten Exporteure sind zuletzt leicht gesunken. Das Güterhandelsbarometer der WTO hat sich im November gegenüber dem letzten Stand vom August deutlich verringert und signalisiert eine Verlangsamung des Welthandelwachstums. Dieser zusammengesetzte Frühindikator besteht aus ver-

KONSENSERWARTUNGEN FÜR DAS WACHSTUM DER WELTWIRTSCHAFT IM ZEITABLAUF

prog. Änderung des BIP in % ggü. Vorjahr



Quelle: Bloomberg

schiedenen Einzelkomponenten. Insbesondere der globale Rückgang der Automobilproduktion hat zum derzeitigen Rückgang des Indikators beigetragen. Aber auch besonders handelsintensive Güter wie Elektronikkomponenten oder Agrargüter wurden weniger häufig ausgetauscht als in den Vormonaten. Lediglich der internationale Handel per Luftfracht konnte das positive Momentum halten. Nach einem Einbruch um 8,2% im vorigen Jahr erwartet der IWF für den Welthandel einen Anstieg um 9,7% im Jahr 2021 und 6,7% für das Jahr 2022.

VEREINIGTE STAATEN: WACHSTUMSABSCHWÄCHUNG AUFGRUND SCHWÄCHEREN KONSUMS

In den Vereinigten Staaten hat das BIP im dritten Quartal nur um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal zugenommen. Im zweiten Quartal konnte noch ein Wachstum von 1,6 % erreicht werden. Trotz dieses eher moderaten Anstiegs liegt das US-BIP bereits 1,4 % über dem Vorkrisenniveau. Die Wachstumsabschwächung im aktuellen Quartal lag insbesondere an der geringeren Ausweitung der privaten Konsumausgaben. Während diese im zweiten Quartal noch um 2,9% expandierten, wurde jetzt →

nur noch ein Anstieg um 0,4 % ausgewiesen. Diese nachlassende Dynamik ist im Quartalsvergleich insbesondere auf geringere Ausgaben für Kraftfahrzeuge zurückzuführen. Im ersten Halbjahr kam es hier in den Vereinigten Staaten zu einem starken Anstieg der Nachfrage, welcher auf ein begrenztes Angebot traf. Dies führte auch zu stark steigenden Preisen für neue und gebrauchte Fahrzeuge. Der preisbereinigte Rückgang der Ausgaben für Automobile im dritten Quartal ist somit auch eine Reaktion auf die gestiegenen Preise. Zudem hat sich das Investitionswachstum abgeschwächt. Die Investitionen in Bauten und Ausrüstungen waren sogar rückläufig. Die Vereinigten Staaten hatten im September ein Rekorddefizit in der Handelsbilanz verzeichnet. Der Außenbeitrag dämpfte somit ebenfalls das Wirtschaftswachstum. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung hängt insbesondere davon ab, wie stark Erhöhungen der Verbraucherpreise auf dem realen Konsum lasten. Die amerikanische Inflationsrate lag im Oktober mit 6,2 % auf dem höchsten Niveau seit 30 Jahren. Der starke Anstieg im Oktober war insbesondere auf höhere Energie- und Lebensmittelpreise zurückzuführen. Aber auch die Ausgaben für Mieten und Transport verteuerten sich deutlich, sodass die Kerninflation (ohne Lebensmittel- und Energiepreise) mit 4,6 % ebenfalls auf einem sehr hohen Niveau lag.

Für das vierte Quartal deutet sich dennoch eine Wachstumsbeschleunigung an. Der Einkaufsmanagerindex hat sich im Oktober insbesondere

für die Dienstleister deutlich erhöht. Diese Einschätzung deckt sich mit der Entwicklung der privaten Konsumausgaben für Dienstleistungen, welche im dritten Quartal deutlich angezogen haben, aber noch immer unter dem Vorkrisenniveau liegen. Insgesamt geht der Bloomberg-Konsens derzeit von einem Anstieg des amerikanischen BIP von 5,6 % in diesem Jahr und 4 % im kommenden Jahr aus. Die Wachstumserwartungen für dieses Jahr wurden somit in den vergangenen Monaten deutlich zurückgenommen (siehe Grafik links unten).

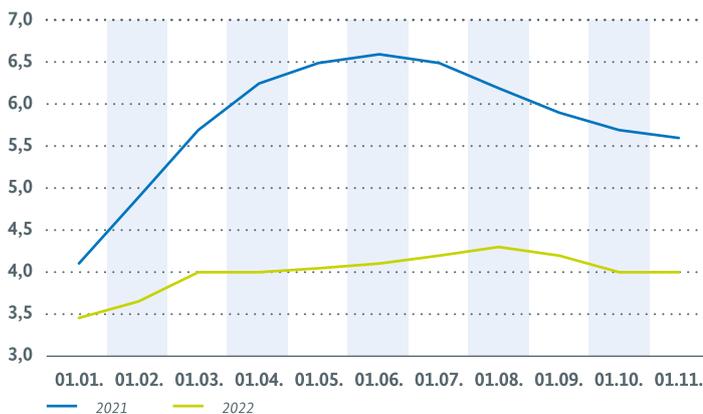
EURORAUM: ÜBERRASCHENDE WACHSTUMS-BESCHLEUNIGUNG IM DRITTEN QUARTAL

Das BIP des Euroraums ist im dritten Quartal nach vorläufigen Zahlen um 2,2 % gestiegen. Damit war das Wachstum sogar noch stärker als im ersten Quartal, als eine Zunahme von 2,1 % gemessen wurde. Für den überraschend starken Anstieg des BIP im Euroraum waren insbesondere Frankreich (+3 %) und Italien (+2,6 %) verantwortlich. In Frankreich ging der Anstieg nach ersten Einschätzungen vor allem auf einen starken Anstieg der privaten Konsumausgaben zurück. Spanien vermeldete einen Anstieg des BIP um 2 %. Deutschland war empfindlich von den gestörten Lieferketten im Automobilsektor getroffen und expandierte mit +1,8 % etwas schwächer als der europäische Durchschnitt. Das starke Wachstum im dritten Quartal wurde noch stark durch den Aufholprozess zum Vorkrisenniveau getragen. Am Ende des dritten Quartals lag das BIP des Euroraums noch knapp 0,5 % unter dem Vorkrisenniveau. Mit der Näherung daran nehmen auch die Wachstumsimpulse gerade im Dienstleistungssektor langsam ab.

Im vierten Quartal dürfte sich die konjunkturelle Dynamik verlangsamen. Darauf deuten auch die ersten Indikatoren für das vierte Quartal hin. Der Einkaufsmanagerindex für den Euroraum ist im Oktober den dritten Monat in Folge gesunken. Insbesondere unter den Dienstleistern hat sich die Stimmung verschlechtert. Diese Eintrübung könnte auch damit zusammenhängen, dass gerade in Nordeuropa die Neuinfektionszahlen mit dem

KONSENSERWARTUNGEN FÜR DAS WACHSTUM IN DEN VEREINIGTEN STAATEN IM ZEITABLAUF

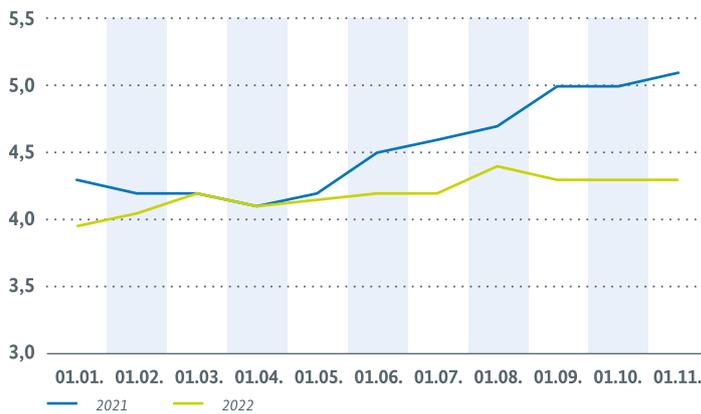
prog. Änderung des BIP in % ggü. Vorjahr



Quelle: Bloomberg

KONSENSERWARTUNGEN FÜR DAS WACHSTUM IM EURORAUM IM ZEITABLAUF

prog. Änderung des BIP in % ggü. Vorjahr



Quelle: Bloomberg

Corona-Virus im Herbst deutlich angestiegen sind und somit die Geschäftsaussichten der Dienstleister eintrüben. Auch die Industrieproduktion hat sich zuletzt schwach entwickelt. Für das vierte Quartal wird von den Analystinnen und Analysten eine Wachstumsabschwächung auf etwa 1 % erwartet. Insgesamt erwartet der Konsens in diesem Jahr für den Euroraum einen Anstieg des BIP um 5,3 %. Die Wachstumsprognosen wurden seit dem Frühjahr kontinuierlich nach oben revidiert, weil sich die Wirtschaft des Euroraums besser entwickelt hat als zunächst erwartet. Im kommenden Jahr wird mit einem Anstieg des BIP um 4,3 % ebenfalls ein starkes Wachstum erwartet (siehe Grafik oben).

CHINA: WACHSTUM BELASTET DURCH ENERGIEKRISE

Die chinesische Wirtschaft ist im dritten Quartal um 4,9 % gegenüber dem Vorjahresquartal gewachsen. Im Vergleich zum Vorquartal entspricht dies einem Anstieg von lediglich 0,2 %. Somit hat die chinesische Wirtschaft deutlich an Momentum verloren. Drei Faktoren belasteten aktuell die chinesische Wirtschaft:

- Die Nachfrage nach Elektrizität übersteigt deutlich das Angebot, welches sich mit den vorhandenen Kohlevorräten erzeugen lässt. Da die chinesische Stromversorgung zu etwa 70 % auf Kohlekraftwerken beruht, führen nicht ausreichende Vorräte zu Engpässen in der Elektrizitätsproduktion. Um Energie zu sparen, kam es insbesondere im

September zu Elektrizitätsabschaltungen in Industriebetrieben.

- Der Immobilienkonzern Evergrande ist mit einer akuten Liquiditätsschwäche konfrontiert. An den Finanzmärkten führte das zu Befürchtungen über eine ungeordnete Insolvenz und Folgeinsolvenzen auf dem chinesischen Immobilienmarkt. Die Schiefelage eines der größten Immobilienkonzerne des Landes verschlechtert die Geschäftsaussichten für den Immobiliensektor. Im dritten Quartal sind daher die Neubauaktivitäten und die Investitionen in den Wohnungsbau gesunken. Da ein Großteil des Vermögens der chinesischen Haushalte in Immobilien angelegt ist, belastet die Gefahr einer Immobilienkrise auch das Konsumklima.
- Der private Konsum in China wird zusätzlich durch lokale Ausbrüche des Corona-Virus belastet. Die chinesischen Behörden reagieren auf Ausbrüche mit umfassenden Beschränkungsmaßnahmen. Die Ausgaben für Gastronomie sind am aktuellen Rand gegenüber dem Vorjahr rückläufig.

Es ist unsicher, wie sich diese drei Belastungsfaktoren im vierten Quartal entwickeln. Auch die Unterstützung des Außenhandels dürfte nachlassen. Die chinesischen Exporte sind im Oktober um 27 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hinter dem starken Anstieg verbergen sich aber auch deutlich erhöhte Exportpreise. Oxford Economics schätzt, dass die realen Exporte im Oktober um lediglich 6,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind. Im Vormonatsvergleich dürften die preisbereinigten Ausfuhren sogar gesunken sein. →

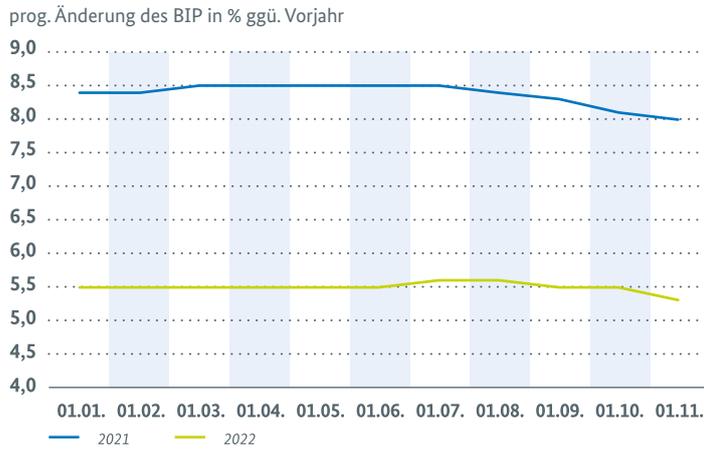
Befragungen unter Firmen in der Industrie und im Dienstleistungssektor lassen nur eine moderate Wachstumsbeschleunigung für das vierte Quartal erwarten. Der Markt Einkaufsmanagerindex für China hat sich im Oktober für Industrie und Dienstleistungen nur leicht erhöht. Bloomberg erwartet für das vierte Quartal derzeit ein Wachstum der chinesischen Wirtschaft von knapp 1% gegenüber dem Vorquartal. Für das Gesamtjahr 2021 wird derzeit mit einem Anstieg des BIP um 8% gerechnet und für das kommende Jahr um 5,3%. Auch in China haben sich die Wachstumsprognosen im Jahresverlauf verringert (siehe Grafik oben).

JAPAN: TEMPORÄRE CORONA-WELLE BREMST PRIVATEN KONSUM

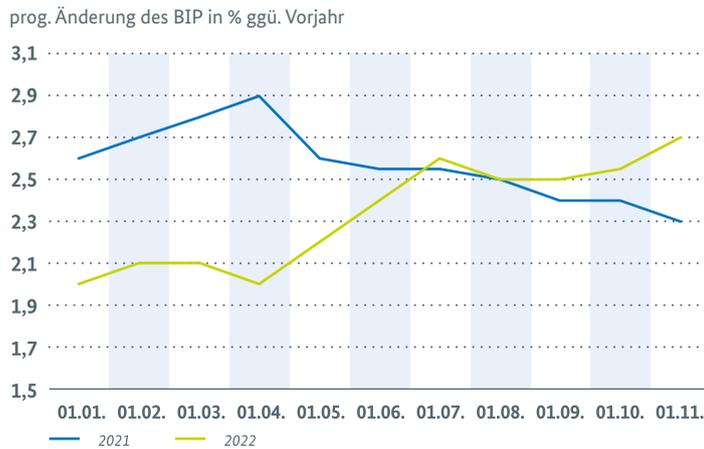
In Japan ist das BIP im dritten Quartal um 0,8% gegenüber dem Vorquartal unerwartet stark gesunken. Im zweiten Quartal lag das Wachstum noch bei 0,4%. Der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung lag insbesondere an der Zunahme der Corona-Infektionen in den Sommermonaten, bedingt durch die Ausbreitung der Delta-Variante. Mobilitätsdaten zeigen eine geringere Zahl und Dauer der Aufenthalte von Konsumentinnen und Konsumenten im Einzelhandel. Dies zeigt sich auch in den tendenziell rückläufigen Einzelhandelsumsätzen. Die privaten Konsumausgaben sind daher im dritten Quartal um 1,1% gegenüber dem Vorquartal gesunken. Die Investitionen waren im dritten Quartal ebenfalls rückläufig. Auch von den Exporten kam kein deutlicher Wachstumsbeitrag. Die Ausfuhren sind im September nur um 1% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Aufgrund fehlender Vorprodukte kam es zu Produktionsunterbrechungen in der Automobilindustrie. In diesem Sektor sind die Exporte im September um 40% gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Für das vierte Quartal deutet sich jedoch eine Wachstumsbeschleunigung an. Die Zahl der Corona-Neuinfektionen ist sehr stark zurückgegangen. Die Mobilität im Einzelhandel nimmt am aktuellen

KONSENSERWARTUNGEN FÜR DAS WACHSTUM IN CHINA IM ZEITABLAUF



KONSENSERWARTUNGEN FÜR DAS WACHSTUM IN JAPAN IM ZEITABLAUF



Rand zu. Aufgeschobene Konsumausgaben dürften daher im vierten Quartal nachgeholt werden. Der Markt-Einkaufsmanagerindex für die Dienstleister und für die Industrie hat sich im Oktober verbessert. Der Bloomberg-Konsens erwartet daher ein BIP-Wachstum von etwa 0,7% im vierten Quartal. Für das Gesamtjahr 2021 wird mit einem Wachstum von 2,3%, für das kommende Jahr von 2,7% gerechnet (siehe Grafik rechts unten).

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

STAND

23. November 2021

DRUCK

Bonifatius GmbH
Druck – Buch – Verlag
33100 Paderborn

PAPIER

Die „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ wurden auf 100% recyceltem Altpapier gedruckt. Sowohl das Umschlagpapier als auch das Papier der Innenseiten wurden mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.

UMSCHLAGPAPIER

170 g/m², ungestrichen Recycling (Vivus 100), Blauer Engel

INNENSEITENPAPIER

100 g/m², ungestrichen Recycling (Vivus 100), Blauer Engel

BEILEGER

100 g/m², ungestrichen Recycling (Vivus 100), Blauer Engel

GESTALTUNG

Hirschen Group GmbH
10997 Berlin

BILDNACHWEIS

Titel, S. 12, 14, 17 – 18: Matthias Seifarth;
S. 02, 25: BMWi (2018, 2021); S. 10 – 11, 20, 26: Getty Images;
S. 19, 31: bittschön.TV; S. 22, 24: Moritz Wienert;
S. 24 – 25: Bundesregierung / Engelbert Reineke (1976, 1979),
Bundesregierung / Ludwig Wegmann (1985),
Bundesregierung / Georg Lopata (2002),
Bundesregierung / Julia Fassbender (2004),
Bundesregierung / Jesco Denzel (2012);
S. 27: Eva Jauss (Illustration), Christian Hagemann (Fotografie);
S. 28 – 29, 33 – 34: Michat Bednarski;

DIESE UND WEITERE BROSCHÜREN ERHALTEN SIE BEI:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

ZENTRALER BESTELLSERVICE

Telefon: 030-182722721
Bestellfax: 030-18102722721

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



